www.klimaentscheid-mainz.de

MAINZero

PresseSpiegel

FEBRUAR 2023

Generationenwechsel verkannt?

Kita-Plätze auf dem Lerchenberg sorgen im Ortsbeirat für Diskussionsstoff

Von Elena Joser

LERCHENBERG. Die Mitglieder des Ortsbeirats Lerchenberg haben den Sachstandsbericht zu ihrem Antrag bezüglich der Sanierung des Gebäudes in der Hindemithstraße 1 zur Kenntnis genommen. Sie hatten gefragt, ob eine Nutzung als Kita wieder möglich wäre oder ob das Gebäude für soziale Einrichtungen und Vereine genutzt werden kann (diese Zeitung berichtete). „Das Gebäude ist stark sanierungsbedürftig", schreibt Sozialdezernent Eckhart Lensch (SPD). Eine umfangreiche Sanierung oder ein Ersatzneubau seien nur langfristig umzusetzen. Folgenutzungen würden geprüft. Aufgrund der Nähe zur Integrativen Kindertagesstätte sei zudem eine Kita in der Hindemithstraße aus sozialräumlichen Gesichtspunkten nicht optimal.

Laut Kindertagesstättenbedarfsplan habe der Lerchenberg in den Jahren 2023 bis 2026 einen Versorgungsgrad zwischen 109 und 120 Prozent. Die errechneten Bedarfe könnten künftig durch die neue vierzügige Bürgerhaus-Kita gedeckt werden. Zudem sei „Am Medienberg" eine Kita geplant. „Wie viele Plätze stehen nicht für Lerchenberger zur Verfügung? Wie wären diese Prozentwerte, wenn man diese Plätze rausrechnen würde?", fragte Markus Gillenberger (CDU). Die Begründung passe nicht. Der Lerchenberg habe aufgrund der ZDF-Kita und der Integrativen Kita ein strukturelles Problem und die Kita „Am Medienberg" sei noch nicht da.

Die Stadt argumentiere, dass die Kitaplätze nicht nur für Lerchenberger sind, sagte Ortsvorsteherin Sissi Westrich (SPD). In den letzten zehn Jahren sei ein Zuwachs von rund 500 Einwohnern zu verzeichnen, viele junge Familien und noch mehr würden erwartet. Grund sei der von anderen Gemeinden zu unterscheidende schubweise demografische Wandel. Der Stadtteil sei in den 70er-Jahren entstanden. Damals seien viele junge Familien hergezogen, die jetzt gemeinsam alterten. Auf einen Schlag würden viele Häuser frei, in die wieder junge Familien einzögen, was sich auf den Kitabedarf niederschlage. Der Generationenwechsel sei größer, als die Verwaltung errechne. Das Konzept der Kitaplatzvergabe müsse überdacht werden, sagte Detlef Baum (SPD), Lerchenberger Kinder sollten hier zur Kita gehen. Das sei mit dem Sozialdezernenten zu besprechen. Westrich regte an, Jugendamtsleiterin Juliane Opalka einzuladen und mit ihr noch einmal ausführlicher darüber zu sprechen.

Das Gebäude der ehemaligen Kita in der Hindemithstraße ist stark sanierungsbedürftig. Foto: Harald Kaster

Pfand schreckt viele Kunden ab

Pflicht zu Angebot an Mehrwegverpackungen für Restaurants – wie wird die Regelung umgesetzt?

Von Christina Langhammer

MAINZ. Wer gerne Essen bestellt oder Essen aus einem Restaurant mitnimmt, hat seit dem 1. Januar dieses Jahres das Anrecht, seine Speisen und Getränke in einer Mehrwegverpackung zu transportieren. Dies hat der Bundestag im Mai 2021 beschlossen. Auch in Mainz bieten einige Restaurants die Verpackungsalternativen an. Eines davon ist das Restaurant Kelly's in der Großen Bleiche.

Inhaberin Aita Lakhoune sagt im Gespräch mit dieser Zeitung: „Wir nutzen die Mehrwegverpackungen bereits seit über einem Jahr, wir wollten eine nachhaltigere Methode anbieten. So sind wir zu dem Anbieter Vytal gekommen. Hier kann man per App eine Mehrwegbox ausleihen und diese dann innerhalb von 14 Tagen in allen Geschäften, die dieses System auch nutzen, wieder zurückbringen. Es ist somit kostenlos für die Kunden und sie müssen kein Pfand bezahlen." Dennoch, betont Lakhoune, würden immer noch mehr Einwegverpackungen genutzt. „Aktuell haben wir ein Verhältnis von 80 zu 20." Der Anteil an Einwegverpackungen ist also immer noch deutlich höher. „Die meisten Kunden, die eine Mehrwegpackung bevorzugen, sind Stammkunden oder wohnen in der Nähe unseres Geschäfts", erklärt die Restaurantinhaberin.

> *Aktuell haben wir ein Verhältnis von 80 zu 20.*
>
> Aita Lakhoune, Chefin des Kelly's, zum Verhältnis von Einweg- zu Mehrwegverpackungen

Laut der Verbraucherzentrale Berlin werden in Deutschland täglich 770 Tonnen Verpackungsmüll durch Speiselieferungen verursacht. Um diesem Müll Einhalt zu gebieten, sind Gastronomiebetriebe dazu verpflichtet, ihre Kunden auf das Mehrwegangebot aufmerksam zu machen. Doch es gibt auch Ausnahmen bei der Regelung. So sind Kioske und kleine Betriebe wie Imbisse, die weniger als fünf Beschäftigte haben und deren Ladenfläche unter 80 Quadratmetern liegt, von der Pflicht befreit. Bullys Burger fällt unter diese genannte Kategorie. Trotzdem sagt Betreiberin Jennifer Gibbs, die den Laden gerade übernommen hat: „Sobald wir uns eingelebt haben, möchte ich mich auch nach einer Möglichkeit für Mehrwegverpackungen umsehen." Warum? „Weil es eine gute Sache ist und es einfach schön wäre, wenn wir durch diesen Beitrag helfen können, die Umwelt zu schützen." Gibbs berichtet, dass sie sogar schon von Kunden nach einer Mehrwegalternative gefragt wurde.

In unserer Umfrage unter Mainzer Restaurants hat sich jedoch gezeigt, dass gerade im Fastfood-Bereich sehr viele Betriebe noch keine Mehrwegverpackungen anbieten. Dabei müssen die Unternehmen mit teils empfindlichen Strafen von bis zu 10.000 Euro rechnen, wenn sie gegen diese neue Gesetzesauflage verstoßen. Das vegetarische Restaurant Schrebergarten nutzt das sogenannte „Rebowl"-System. Servicekraft Hoyen Nguyen sagt jedoch: „Ich glaube, einige Gäste schreckt vielleicht das Pfandgeld von fünf Euro ab. Besonders Gäste, die spontan kommen, greifen lieber auf Einwegverpackungen zurück." Auch hier sieht die Bilanz ähnlich aus wie im Kelly's. Die Einwegverpackung ist am beliebtesten. „Eine Zeit lang hatten wir einen Aufsteller im Laden, der die Gäste darauf hingewiesen hat, dass wir Mehrwegverpackungen anbieten. In der Zeit haben dann auch mehr Leute danach gefragt." Aufgrund der Platzverhältnisse musste der Aufsteller wieder abgebaut werden, berichtet Nguyen. „Manchmal glaube ich, das Zurückbringen der Verpackungen ist den Kunden noch zu viel Verantwortung. Aber sie könnten zum Beispiel auch eine eigene Verpackung von zu Hause mitbringen. Das würde der Umwelt auch helfen", sagt die junge Servicekraft.

Kritiker der Mehrwegangebotspflicht, wie zum Beispiel der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), betonen, dass dies zwar ein Schritt in die richtige Richtung sei, der aber nicht weit genug gehe. Der BUND fordert eine ausnahmslose Mehrwegpflicht. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) befürchtet, dass die Regelung ins Leere läuft und fordert eine finanzielle Schlechterstellung von Einwegverpackungen von mindestens 20 Cent. Auch die Ausnahmeregelungen für Kleinunternehmen beurteilt die DUH kritisch.

Seelam Öztorlaman von der neu eröffneten Filiale der Restaurantkette „Dean & David" in der Innenstadt hat hingegen einen Aufsteller in seinem Laden sowie Ausstellungsstücke der hausinternen Mehrwegboxen an der Kasse stehen. „Wir empfehlen es den Kunden immer wieder und weisen sie auf unsere Mehrwegverpackungen hin." Doch auch in diesem Restaurant würden bisher nur wenige Stammkunden auf die umweltfreundlichere Alternative zurückgreifen. Ein Einwegverpackungsverbot ist jedoch nicht in Sicht, da dies gegen geltendes EU-Recht verstoßen würde.

Julius Georg (l.) und Nils Göbel präsentieren die Mehrwegverpackungen, die im Kelly's in der Großen Bleiche zum Einsatz kommen, um Müll zu vermeiden. Foto: Harald Kaster

BLAULICHT

Autoteile in Bretzenheim gestohlen

BRETZENHEIM (red). Unbekannte haben sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag an einem Audi A6 in Bretzenheim zu schaffen gemacht und Autoteile gestohlen. Der 46-jährige Besitzer staunte nicht schlecht, als er am Sonntagmorgen zu seinem Fahrzeug kam. Die Spiegelgläser beider Außenspiegel sowie beide Nebelscheinwerfer wurden von den Tätern professionell ausgebaut, wie die Polizei berichtet.

Zeugen sollen sich bei der Polizeiinspektion Mainz 3 unter der Rufnummer 06131-654310 oder per Mail an pimainz3@polizei.rlp.de melden.

LESERBRIEFE

Zum geplanten Biotech-Hub an der Saarstraße.

Hauptsache, der Rubel rollt

Die geplante Bebauung von 50 Hektar bester Ackerfläche an der Saarstraße geht angesichts der Klimakrise völlig an der Realität vorbei. Baudezernentin Marianne Grosse betont, dass der Erfolg von Biontech für die Stadt Mainz dazu genutzt werden müsste, weitere Biotechindustrie anzusiedeln. Ein neues Areal von 50 Hektar (also 500.000 Quadratmetern) sei für einen „Biotech-Hub" vonnöten. In Wahrheit sollen nur neue, gigantische Gewerbeflächen geschaffen werden.

Wenn die Flächen erst einmal erschlossen sind, wird es egal sein, wer sich darauf ansiedelt. Hauptsache, der Rubel rollt. Einmal versiegelt, ist Ackerboden unwiederbringlich verloren. Er lässt sich nicht eben mal so schnell an anderer Stelle renaturieren. Auch wird ausgeblendet, dass Ackerflächen aufgrund ihres Humusgehalts wichtige CO2-Speicher sind. Zusätzlich kühlen sie die überhitzte Mainzer Luft ab. Eine „klimafreundliche" Bebauung, wie jetzt im Ideenwettbewerb ausgelobt, ist reines Greenwashing und ein Widerspruch in sich.

Klimaschutz scheint plötzlich keine Rolle mehr zu spielen, wenn die Milliardengelder der Biotechbranche sprudeln. Bevor weiteres Geld für teure Planungswettbewerbe verbrannt wird, sollte erst mal nach innerstädtischen Alternativen auf bereits erschlossenen Flächen gesucht werden.

Nicole Weygandt
Mainz

„Stolperstein" für den Urgroßvater

Aus Watford angereist, erzählt die Familie des von Nazis ermordeten Karl Gottfried Salomon, was sie über die Aktion denkt

Von Anna Merkelbach

MAINZ. Es ist ein kalter Wintertag, eine große Menschentraube hat sich vor der Hausnummer 9 in der Hindenburgstraße in Mainz gebildet. Aufmerksam schauen Schüler und Erwachsene in die Mitte ihres Kreises. Dort sprechen zwei junge Frauen in ein Mikrofon – es sind die Urenkelinnen von Karl Gottfried Salomon, der hier einst lebte. Sie wollen das Erbe ihres Urgroßvaters lebendig halten, wie sie auf Englisch sagen. Von 1918 bis 1939 war dies sein letzter selbst gewählter Wohnort. Danach wurde der jüdische Weinhändler zunächst mehrmals von den Nazis zum Umzug gezwungen und schließlich nach Polen deportiert und dort ermordet. Mit einem Stolperstein im Boden vor seiner einstigen Haustür ist ihm nun ein Denkmal gesetzt worden.

Sanfte Töne erklingen, ein Klarinettenchor des Frauenlob-Gymnasiums begleitet das Einlassen des goldenen Steins in den Boden vor dem Gebäude, in dem heute eine Apotheke ist. Die Inschrift auf dem Stein lautet: „Hier wohnte Karl Gottfried Salomon, Jg. 1881, deportiert 1942, Piaski, ermordet". Eine Frau tritt aus dem Kreis hervor und legt eine weiße Rose auf das Denkmal – als Blume der Trauer, aber auch als Symbol des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime im Deutschland der 1930er- und -40er-Jahre.

Insgesamt wurden in Mainz seit 2007 über 280 „Stolpersteine" verlegt. Sie sollen alle an das Schicksal der Menschen erinnern, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Regelmäßig kommen neue Steine hinzu. In den 1990er-Jahren hat das Projekt des Künstlers Gunter Demnig in Deutschland begonnen, mittlerweile sind seine Denkmäler als dezentrales Mahnmal in ganz Europa verbreitet.

Zur zeremoniellen Verlegung des symbolträchtigen Steins in Mainz sind die Nachfahren von Karl Gottfried Salomon speziell aus England angereist. Seine Enkelin, Angela O'Sullivan, und sein Enkel, Michael Salomon, gemeinsam mit den Urenkelinnen, Rosie O'Sullivan und Fe Salomon. Paul Salomon, Sohn von Karl Gottfried und Vater von Angela und Michael, war 1939 mit 15 Jahren von seinen Eltern mit einem der ersten rettenden „Kindertransporte" nach England geschickt worden. Ein Teil der Familie lebt heute in Watford, einer englischen Partnerstadt von Mainz. Sie ist bereits zum dritten Mal in Mainz.

Rosie O'Sullivan gefällt das Denkmal für ihren Urgroßvater. Der Stolperstein sei etwas Sichtbares, etwas Physisches, was die Erinnerung wachhält. Mit fester Stimme betont sie, wie wichtig diese sichtbare Erinnerung für sie ist. Ihre Familie, die um sie herumsteht, stimmt nickend zu. Es sei immerhin Etwas. Stolperstein-Erfinder Gunter Demnig will mit seinem Projekt den NS-Opfern, die in Konzentrationslagern zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückgeben und diese Namen zurück an den Ort ihres Lebens bringen – zurück in dicht besiedelte Innenstädte, statt an abgelegene Mahnorte, die leicht zu umgehen sind. Um die Namen auf den, in den Boden eingelassenen Steinen zu lesen, muss man sich bücken und so quasi vor den Opfern verbeugen.

Die Verlegungen der Steine in Mainz passieren ausschließlich auf private Initiative in Zusammenarbeit mit der Stadt. Auf der Webseite www.stolpersteine-mainz.de gibt es weitere Informationen zum Projekt und auch die Biografien der durch die Stolpersteine erinnerten Menschen aus Mainz.

Die Nachfahren des Mainzer Weinhändlers Karl Gottfried Salomon sind aus England angereist, um bei der Verlegung seines Stolpersteins dabei zu sein (v.l.): Fe Salomon, Angela O'Sullivan, Michael Salomon, John O'Sullivan und Rosie O'Sullivan. Foto: hbz/Jörg Henkel

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Wir sind VRM

A643: Lob und Kritik für Umweltministerin Katrin Eder

Nachdem die Grünen-Politikerin den beschleunigten Ausbau der Autobahn durch den Mainzer Sand abgelehnt hat, gibt es Reaktionen von SPD und FDP.

6. Februar 2023 – 08:47 Uhr

2 min

Carina Schmidt

Mainz. Nachdem sich die rheinland-pfälzische Klimaschutz- und Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) entschieden gegen eine beschleunigte Planung bei Autobahnen wie der A643 durch das Naturschutzgebiet Mainzer Sand ausgesprochen hat (diese Zeitung berichtete), gibt es nun Reaktionen von FDP und SPD.

Unterstützung erhält die Ministerin von Mainzer SPD-Vorsitzenden und OB-Kandidatin Mareike von Jungenfeld: „Gerade der sechsspurige Ausbau dieser Autobahn in Mainz ist ein besonders problematisches Projekt“. Eders Forderung nach effizientem Einsatz der Planungskapazitäten erweitere sie um die Forderung nach effizientem Einsatz der

finanziellen Mittel für zukunftssichere Projekte wie den Schienenverkehr, den ÖPNV den Radverkehr. Im Straßenbau müsse das Motto lauten: „Erhalt geht vor Ausbau“.

Co-Vorsitzender Christian Kanka, der auch Mombacher Ortsvorsteher ist, verweist außerdem auf die überregionale ökologische Bedeutung des Mainzer Sands: „Was hier geplant wird, ist nicht einfach ein Ausbauprojekt wie jedes andere.“ Hier gehe es um ein Naturschutzgebiet von europäischem Rang.

Philipp Fernis, Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag, kritisiert indes die lange Dauer von Verfahren bei Infrastrukturvorhaben: „Durch tonnenweise Bürokratie planen wir uns in die vollständige Lähmung. Damit muss Schluss sein.“ In Richtung Eder, die zuvor Mainzer Verkehrs- und Umweltdezernentin war, schießt er: „Verkehrskonzepte, die vielleicht in der Mainzer Innenstadt sinnvoll sind, passen nicht zu dem, was die Menschen und Unternehmen flächendeckend im übrigen Land benötigen.“

Mehr zum Thema

Stadt Mainz

OB-Wahl in Mainz: Das müssen Sie wissen

Auch der Gonsenheimer FDP-Ortsverbandsvorsitzende Wolfgang Oepen kritisiert Eder und fordert, sie solle sich mit den Fakten auseinandersetzen. So werde die Weisenauer Brücke in absehbarer Zeit zum Sanierungsfall. Das bedeute: 16.000 Fahrzeuge müssten sich alternative Routen suchen. Damit komme dann die A643 ins Spiel. „Grade wir Gonsenheimer wissen, was es bedeutet, wenn hier der Verkehr kollabiert“, macht Oepen deutlich. Aktuell sei die Auslastung der A643 während der Instandsetzung der Salzbachtalbrücke relativ gering. Doch das werde sich ab 2024 wieder ändern.

Mehr zum Thema

plus Stadt Mainz

Die Klimapläne der Mainzer OB-Kandidaten

Stadt Mainz

Mainzer OB-Wahl: Die Themen Wohnen und Verkehr polarisieren

Stadt Mainz

Wahl-O-Mat zu Mainzer OB-Wahl ist online

Carina Schmidt

Größere Altersarmut durch Krisen

Pandemie, Inflation, Homeoffice: Sozial- und Finanzexperten sehen eklatante Notlage vor allem bei Frauen

Von Paula Völkner

MAINZ. „Armut im Alter ist weiblich", sagt Elisabeth Kolz, erste Vorsitzende der Wohlstandsgenossenschaft in Mainz. Auch Medienberichte zeigen, dass nach Angaben der Bundesregierung rund 38 Prozent der Vollzeitarbeitnehmerinnen in Deutschland nach 40 Arbeitsjahren auf eine Nettorente von weniger als 1000 Euro zusteuern. Die Vorsitzende der Wohlstandsgenossenschaft und der Mainzer Finanzberater Antonio Sommese erklären, warum und wie Pandemie und Inflation das Problem der Armut im Alter besonders für Frauen verstärken und was sich dagegen tun lässt.

> *Wenn man zum Beispiel zuhause bei den Kindern bleibt, sollte man das Gespräch suchen.*
>
> Antonio Sommese, Finanzberater

Homeschooling wegen Corona-Schließungen – zuständig sind in vielen Fällen vor allem Frauen. Aus den vielen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, von denen vor allem Frauen betroffen sind, ergibt sich vor allem in kumulativen Krisenzeiten der fatale Automatismus, dass mit jeder neuen Krise vor allem und wiederholt Frauen in die erste Reihe rücken, wenn es um Lösungen geht. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Absicherung im Alter, warnen Sozial-Experten. Archivfoto: epd

„Natürlich sind auch Männer betroffen, aber rein zahlenmäßig sind es die Frauen", sagt Kolz. Die Pandemie habe mit Blick auf die Rentenvorsorge in erster Linie erwerbstätige Frauen getroffen.

Unter Frauen besonders viel Teilzeit-Beschäftigte

Viele Mütter, erklärt sie, mussten die Arbeitszeit reduzieren, um ihre Kinder zu versorgen und haben so auch weniger in die Rentenkasse einzahlen können. Mit den Worten „Homeoffice, Homeschooling und Haushalt" beschreibt Kolz die unlösbare Aufgabe, vor der viele erwerbstätige Mütter während der Pandemie standen. Nach wie vor seien es vor allem Frauen, die beruflich zurückstecken.

Auch das bestätigen Zahlen des Statistischen Bundesamts, wonach 2020 zwei Drittel aller erwerbstätigen Mütter in Teilzeit gearbeitet haben. Im Vergleich dazu seien es hingegen nur rund sieben Prozent der erwerbstätigen Väter, die ihre Arbeitszeiten reduziert haben. Das hält die Vorsitzende der Wohlstandsgenossenschaft für ein systemisches Problem – und macht unter anderem die Lohnlücke zwischen Mann und Frau dafür verantwortlich.

Auch die Inflation und die hohen Energiekosten haben das Problem der Armut im Alter weiter verschärft, so Kolz. Immer mehr Menschen seien an der Grenze ihres Einsparpotenzials angelangt und hätten nun keine Möglichkeit mehr, für das Alter vorzusorgen. Überproportional betroffen sind davon ohnehin einkommensschwache Menschen, erklärt Sommese. Die Krisen seien ein „Beschleuniger für Altersarmut". Besonders gelte das für Menschen, die ohnehin wenig haben und sich infolge der steigenden Kosten keine Rücklagen und Einzahlungen leisten können.

Mehr tun für die ökonomische Bildung

Für den Finanzberater ist vor allem ökonomische Bildung entscheidend, um das Problem zu bekämpfen: „Man muss sich einmal damit auseinandersetzen, und dann gewinnt man." Es sei „die Kraft des kleinen Geldes", die viele Menschen davor bewahren könne, einmal in die Altersarmut zu geraten. Dabei sei es wichtig, konsequent zu sein und über Jahrzehnte monatlich 25 bis 50 Euro anzulegen.

Finanzexperte Sommese hält es außerdem für notwendig, in neuen Lebenslagen die finanzielle Situation zu hinterfragen. „Wenn man zum Beispiel zuhause bei den Kindern bleibt, sollte man das Gespräch suchen." Im Zweifel müsse man einfordern, dass beispielsweise Depots auf die Eheleute gemeinsam laufen und trotzdem in die Rentenversicherung beider Parteien eingezahlt wird.

Auch Genossenschaftschefin Kolz pocht auf bessere Aufklärung zum Thema Wirtschaft und Finanzen. Man müsse seine Sozialausgaben kennen, Anbieter von Krankenkassen vergleichen und wissen, wie viel man in die Rentenversicherung einzahlt. Erst dann sei an Rücklagen zu denken. Auch die Berufswahl hält sie für entscheidend.

Was kann man sonst noch tun? Um dem Thema Armut im Alter „den Schrecken zu nehmen" und ökonomisches Wissen zu teilen, bietet die Wohlstandsgenossenschaft Kurse und Vorträge an, in denen Expertinnen und Experten über das Problem und bessere Vorsorge aufklären.

KONTAKT

- Kontakt/weitere Informationen: **https://www.wohlstandsgenossenschaft.de**; Anschrift: die Wohlstandsgenossenschaft, Am Fort Gonsenheim 105 A, 55122 Mainz
- Telefonnummer: 06131-3335691; E-Mail-Kontakt: kolz@wohlstandsgenossenschaft.de.

Neues Gremium – unklarer Zweck

Städtischer „Beirat für Bürgerbeteiligung": Kritische Fragen nicht nur zur Zusammensetzung

Von Heiko Beckert

MAINZ. Etwa 30 Personen versammelten sich im Stadthaus an der Großen Bleiche für ein „fast historisches Ereignis", wie Bürgermeister Günter Beck (Grüne) mit einem Schuss Pathos betonte: Ab sofort hat die Landeshauptstadt mit dem „Beirat für Bürgerbeteiligung" ein neues städtisches Gremium. Allerdings ist man noch in der Selbstfindungsphase, wie die erste Sitzung zeigte.

Als Beirat hat das Gremium eine beratende Funktion, endgültige Entscheidungen werden hier nicht getroffen. Laut Geschäftsordnung soll der Rat bei Konflikten im Rahmen von Bürgerpartizipationen beraten und Kontakte zur Stadtgesellschaft pflegen. Auch kann er Empfehlungen zu Vorhaben abgeben und an der Fortschreibung der städtischen „Leitlinien Bürgerbeteiligung" mitwirken.

Das Gremium besteht aus je acht Vertretern der Verwaltung (ohne Stimmrecht), der Stadtratsfraktionen und der Bürgerschaft. Auch das Mainzer Stadtoberhaupt gehört dazu. Mindestens vier Sitzungen pro Jahr soll es geben. Das könnte schon zu einem Problem werden. Gunther Heinisch (Grüne) warnte davor, dass ein überlasteter „Verhinderungsbeirat" entstehen könnte, der städtische Projekte ausbremst. Was Rolf Schmitt, frisch gewählter Sprecher des Bürgerbeteiligungsbeirats, natürlich nicht möchte. Die Mitglieder sollen sich, so sagt er, nur um bedeutende Themen kümmern. Noch unklar ist indes der Beteiligungsmodus.

Schmitt (74) war einziger Sprecher-Kandidat, er wurde einstimmig gewählt wie auch sein Stellvertreter Dirk Hey. Beide vertreten die Bürgerschaft. Schmitt, ein rüstiger Ruheständler, der sich laut eigener Aussage mit täglichen Radtouren fit hält und Angehöriger der Bundeswehr war, sieht sich selbst als „Interimslösung" bis zur nächsten Kommunalwahl. Schließlich habe er die „Knackigkeitsgrenze" bereits überschritten, wie er selbstironisch sagt. Er will „den Beirat ins Funktionieren bekommen", damit sein Nachfolger ein arbeitsfähiges Gremium übernehmen könne.

Wie aber stellt sich der neue Beirat gegenüber den zuletzt abgewerteten Ortsbeiräten auf? Das wollte Herbert Egner (FDP) wissen. Bestehe da nicht ein Konkurrenzverhältnis? Norbert Solbach (CDU) wies das zurück: „Ich sehe keine Konkurrenz", so der Stadtrat und Draiser Ortsvorsteher, der eher ein Miteinander unterschiedlicher Gremien sieht, die den Einwohnern der Stadt ihre Stimme verleihen.

Aber ausgerechnet die Stimmen der „einfachen" Bürger sind im Beirat für Bürgerbeteiligung nur schwach zu hören. Während Verwaltung und Stadtratsfraktionen ihre Mitglieder und deren Stellvertreter entsendet haben, wurden die Vertreter der Bürgerschaft in einem Losverfahren aus gut 500 Teilnehmern früherer Partizipationen bestimmt. Nun sind aber einige abgesprungen, sodass Bürger im Beirat Mangelware sind: Nur drei von acht Plätzen wurden besetzt. Zwei Bürger fehlten entschuldigt, der Rest ist nicht mehr vorhanden. „Wir sind geschrumpft", bedauerte Schmitt. Konkret fehlen drei Mitglieder und acht Stellvertreter.

Die sollen laut Monika Roth, bei der Stadt zuständig für Bürgerbeteiligung, mit einer Werbekampagne gefunden werden.

Weitere Themen für die zweite Sitzung: Die Infos über den Beirat auf der Webseite der Stadt und die Einrichtung einer Beteiligungssoftware. Als erstes Vorhaben werden sich die Mitglieder wohl das „Forum Regierungsviertel" vornehmen.

Gute Freunde kann niemand trennen ...

Wen lädt sich der potenzielle OB-Wahl-Gewinner zum ersten Essen sein? Beim AZ-Wahlforum vor knapp zwei Wochen antworteten mehrere Kandidaten auf diese Frage, dass sie gerne mal mit ihren Mitbewerbern ausgehen würden. Eigentlich verstehe man sich ja ganz gut. Da ist es doch praktisch, dass Linken-Kandidat Martin Malcherek gerne mal im Hafeneck singt. Das wird ein schöner Abend nach der Wahl... Karikatur: Klaus Wilinski

AUF EINEN BLICK

Lagerkapazitäten für Sachspenden erschöpft

MAINZ (red). Das katastrophale Erdbeben, das in Teilen der Türkei und Syriens schwere Verwüstungen angerichtet und Zehntausende Menschen das Leben gekostet hat, hat auch in Mainz und Umgebung eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Dies habe dazu geführt, dass man aktuell keine Sachspenden mehr annehmen könne, berichtet der Mainzer Kamil Ivecen, der mit dem Verein „Pazarcik Kultur Zentrum" und der Alevitischen Gemeinde Hilfslieferungen und Spenden koordiniert (diese Zeitung berichtete). Zum einen seien die Lager-Kapazitäten bei der Alevitischen Gemeinde und bei der Dyckerhoff GmbH erschöpft, zudem gebe es wegen großer Verkehrsprobleme in der Türkei Probleme, Hilfsgüter mit Lkw ins Land und in die betroffene Region zu bringen, so Ivecen. Auch müsse beachtet werden, dass der türkische Staat bei Kleiderspenden nur fabrikneue Ware ins Land lasse. Die Alevitische Gemeinde will bekannt geben, wenn es wieder Kapazitäten gebe, sagt Vorsitzender Hasan Celebi. Bis dahin würden am Samstag, 11. Februar, 13-19 Uhr, auf dem Leichhof in der Altstadt sowie von Montag bis Mittwoch, 14-19 Uhr, vor der Römerpassage an Ständen Geldspenden gesammelt.

– Anzeige –

KRAFTFAHRZEUG GEWERBE

Ständig über 2000 Gebrauchtwagen
zur Auswahl. Mit Garantie und von Meisterhand geprüft. Dauer-Angebote an Jahreswagen und Dienstfahrzeugen – Ihre KFZ-Meisterbetriebe

Autos sind unsere Welt.
SCHERER SEAT CUPRA ŠKODA Maserati
Robert-Koch-Straße 14+18, 55129 Mainz scherer-gruppe.de

AutoHESS
Rheinallee 90+141
55120 Mainz
scherer-gruppe.de

OPEL AUTOMÜLLER
...seit 110 Jahren
Mobil aus Tradition
Rheinallee 183 • 55120 Mainz • Tel.: 0 61 31 - 9 62 62 0
www.auto-müller-mainz.de

JAGUAR LAND-ROVER FUHRMEISTER
EXCLUSIVE AUTOMOBILE
Robert-Bosch-Straße 7 • 55129 Mainz-Hechtsheim
T: 06131 60 375-40 • willkommen@fuhrmeister.de
Aktuelle Angebote finden Sie unter www.fuhrmeister.de und in unserer App: app.fuhrmeister.de
30 YEARS

Die modernste Automeile Europas in der Hechtsheimer Straße.
Einfach besser. Fahren.
Volkswagen Nutzfahrzeuge Audi
löhr
Hechtsheimer Str. 21 – 27, 55131 Mainz

KARL + CO MINI
Mainz · Wiesbaden · Rüsselsheim
Firmensitz: Alte Mainzer Str. 121, 55129 Mainz, 06131 8306-0
Filiale: Carl-Bosch-Str. 6, 65203 Wiesbaden, 0611 27809-0
Filiale: Stahlstr. 22, 65428 Rüsselsheim, 06142 8350-0
www.bmw-karl-co.de

KRÄUTER automobile gmbh
HONDA
Mainz, Rheinallee 185, ☎ (0 61 31) 96 96 00

Rechtzeitig zum Batterie-Check!
Sorgenfrei unterwegs – um die regelmäßige Überprüfung und Wartung Ihrer Batterie kümmert sich Ihr Kfz-Meisterbetrieb.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xl8_-ceHmHg)

Neue Abstellzonen für Fahrräder

Marienborn will Infrastruktur auf Plätzen und Straßen verbesseren / Auch Barrierefreiheit Thema

Von Alexander Schlögel

MARIENBORN. In der Verkehrskommission gehen Mitarbeiter der Verkehrsverwaltung ein- bis zweimal im Jahr gemeinsam mit Ortsbeirats-Mitgliedern einen Stadtteil ab, lassen sich von ihnen Ideen für Verbesserungen an die Hand geben und beratschlagen dann gemeinsam, ob sie umgesetzt werden können.

Ich bin der Meinung, dass dort was machbar ist. Wir brauchen da eine Lösung, um die Gastronomie ein Stück weit zu unterstützen.

Claudius Moseler, Marienborner Ortsvorsteher (zur Straßenbahnhaltestelle „Im Borner Grund")

In Marienborn kam jetzt die Verkehrskommission zusammen – und Ortsvorsteher Claudius Moseler (ÖDP) stellte die Ergebnisse im Ortsbeirat vor.

Demnach soll es mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Vier Radbügel für acht Räder sollen auf dem befestigten Platz am Ortseingang von Bretzenheim aus kommend neben dem Trafo-Häuschen installiert werden. Mindestens ein Parkplatz müsse dafür geopfert werden, so der Ortsvorsteher.

Zur Parksituation an der Straßenbahnhaltestelle „Im Borner Grund": Die Verwaltung prüfe die Fläche unterhalb der Straßenbahnbrücke, um dort noch einige Parkplätze zu realisieren. „Ich bin der Meinung, dass dort was machbar ist", so Moseler. „Wir brauchen da eine Lösung, um die Gastronomie ein Stück weit zu unterstützen." Dabei geht es um die Pizzeria, der nun durch die zusätzlichen Radbügel am Trafo-Häuschen mindestens eine Parkgelegenheit wegbricht. Da die Radbügel schon sehr kurzfristig geliefert werden sollen, die Schaffung der Parkplätze unter der Brücke sich aber noch hinzieht, wird die Parksituation zunächst ohnehin noch kritischer werden.

Kulturhalle, Mercatorstraße und Mercedesstraße

An der Kulturhalle sollen sechs Radbügel installiert werden. Um die Sicherheit für die Radfahrer in der Mercedesstraße zu verbessern, wird bereits auf Marienborner Seite ein Überholverbots-Schild aufgestellt werden. Am unteren Ende der Mercatorstraße soll eine Sperrfläche angebracht werden, damit dort nicht mehr auf dem Bürgersteig geparkt wird. Weiterbeobachtet werden soll die Parksituation bei „Regina's Lädchen"/„Im Borner Grund". Zudem sollen dort noch Fahrradbügel installiert werden, da der bisherige Fahrradständer dort „nichts taugt und einfach im Weg steht", wie der Ortsvorsteher sagt.

Was den Fußweg „Im Borner Grund" anbelangt, wird zwischen Ortsverwaltung und Klein-Winternheimer Straße eine „verkehrsberuhigte Zone" eingerichtet, um die Sicherheit von Fußgängern und entgegenkommendem Radverkehr zu verbessern. „Dafür wird es aber noch eine Vorlage geben, die im Stadtrat beschlossen werden muss", kündigt Ortschef Moseler an.

Ausdehnung der verkehrsberuhigten Zone

David Nierhoff (Grüne) geht diese Zone nicht weit genug: Er plädiert dafür, sie bis zur Kardinal-von-Galen-Straße auszuweiten. Zwar sei dieser Plan zunächst bei der Verkehrsabteilung wegen möglicher Probleme mit den Linienbussen nicht auf Begeisterung gestoßen. Er habe sich das aber noch einmal angeschaut: Da die 70 dort ohnehin ihre Haltestelle habe, werde an dieser Stelle „kein Zeitverlust" entstehen.

Thematisiert wurden auch Fahrbahnverbesserungen im Bereich Alter Weg/Mercatorstraße/Klein-Winternheimer Straße: Dieses Anliegen wird an die Abteilung Straßenunterhaltung der Stadtverwaltung weitergegeben. Auf Initiative von Peter Mohr (ÖDP) im Ortsbeirat sollen nun auch noch einmal Straßenteile „Im Borner Grund" begutachtet werden. Im Sinne der Barrierefreiheit sollen zudem sämtliche Fußgängerüberwege auf abgesenkte Bordsteine hin überprüft werden.

Radstraße nach Klein-Winternheim

Hinsichtlich der Radstraße nach Klein-Winternheim müssten noch Abstimmungen mit der Verbandsgemeine Nieder-Olm erfolgen. Im Neubaugebiet müssen in der Franz-Anton-Hermann-Straße Poller gerichtet werden, dazu soll baulich verhindert werden, dass südwestlich der Ambrosius-Klein-Straße eine Grünfläche immer wieder zugeparkt wird. Erneuert werden sollen zudem einige Wartelinien an Kreuzungen.

Suche nach neuen Parkmöglichkeiten am Marienborner Ortsausgang in Richung Bretzenheim: Auch die Fläche unterhalb der Straßenbahnbrücke in unmittelbarer Nähe des Trafo-Häuschens soll dabei überprüft werden. Archivfoto: Sascha Kopp

Ortsbeirat „sehr befremdet"

Kein stadteigenes Personal: Verzögerung der „Neuen Mitte" stößt in Laubenheim auf Kritik

Von Michael Heinze

LAUBENHEIM. Die Baumaßnahme „Neue Laubenheimer Mitte" soll nachträglich in den städtischen Haushaltsplan aufgenommen und zeitnah realisiert werden. Darum hat der Ortsbeirat die Stadt in einem einstimmig angenommenen Antrag von SPD, CDU, Grünen, FDP und ÖDP nachdrücklich gebeten – und an der Stadtverwaltung kein gutes Haar gelassen.

Das Baufeld der Neuen Mitte erstreckt sich über zwei zentrale Plätze – den Longchampplatz und das Gelände rund ums Wilhelm-Spies-Haus. Das Areal am Longchampplatz kann erst neu gestaltet werden, wenn der Neubau der Grundschule steht.

Frühestens in drei Jahren. Denn dieser Bereich wird als Zuwegung für die Baufahrzeuge benötigt. „Wir bitten jedoch, die Bauunterlagen zeitgerecht vorzubereiten, dass mit Übergabe der Grundschule ohne Zeitverlust mit der Ausführung der Neuen Mitte-Longchampplatz begonnen werden kann", so der Wunsch der Lokalpolitiker. Rund ums Wilhelm-Spies-Haus könne direkt losgelegt werden. Entweder sollten hier zwei eigenständige Baumaßnahmen initiiert oder die Baumaßnahme in zwei Abschnitten geplant werden.

„Neue Mitte" nicht mehr im Doppeletat 2023/24

„Sehr befremdet" zeigt sich der Ortsbeirat darüber, dass die „Neue Mitte" aus dem Doppelhaushalt 2023/24 gestrichen wurde. Das Argument, dass kein stadteigenes Personal für Planung und Ausführung vorhanden sei, sei „nicht nachvollziehbar". Schließlich könnten auch private Planungsbüros beauftragt werden. „Es geht einfach zu viel Zeit verloren, wenn die Maßnahme erst wieder im Haushalt 2025/26 angegangen wird", sind sich die Lokalpolitiker einig. Zudem habe sich auf dem Parkplatz „durch das lange Zuwarten" ein hoher Sanierungsbedarf ergeben. Die Laubenheimer verlören „durch ein solch unkooperatives und nicht koordiniertes Vorgehen mehr und mehr das Vertrauen in die Verwaltung der Stadt".

Ein Weinprobierstand, ein kleiner Wochenmarkt, ein behindertengerechter Zugang hoch auf den Longchampplatz – all das hätte laut Ralf Geißner (SPD) längst umgesetzt sein können. Bereits vor drei Jahren habe es eine Bürgerinfo zur Neuen Mitte gegeben. Aber passiert sei nichts. Im Gegenteil. „Bei Regen steht die rückwärtige Seite des Spies-Platzes unter Wasser – der Volksmund nennt das schon die Laubenheimer Seenlandschaft." Geißner wörtlich: „Das ist wirklich ein abschreckendes Verhalten der Stadt. Ich bitte darum, Kontakt mit den Fraktionen im Stadtrat aufzunehmen und darauf zu bestehen, dass ein Nachtrag in den Haushalt aufgenommen wird. Wir alle haben keine Lust, nochmal 20 Jahre zu warten."

Ein abschreckendes Verhalten der Stadt. Ich bitte darum, Kontakt mit den Fraktionen im Stadtrat aufzunehmen und darauf zu bestehen, dass ein Nachtrag in den Haushalt aufgenommen wird.

Ralf Geißner (SPD)

Laut dem Liberalen Christian Hecht gab es „zumindest die Initiative der FDP im Stadtrat, dieses Thema in der Ampel mehrheitsfähig zu machen. Aber es ist auf völliges Desinteresse in allen Fraktionen der Ampel gestoßen. Ich nehme dabei keine Partei aus – meine eigene auch nicht." Hecht schimpfte, er finde es „ziemlich hochnäsig" von Dezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), „einfach zu sagen, wir haben kein Geld. Ich glaube, dass die Dezernentin weder von der Historie irgendeine Ahnung hat noch ein Interesse, dass es voran geht".

„Meine Fraktion hat von Frau Steinkrüger eine Absage bekommen, die ihresgleichen sucht", polterte auch CDU-Fraktionssprecher Norbert Riffel. Dass das Herzensprojekt der Laubenheimer doch noch im Nachtragshaushalt platziert werde, sei „reines Wunschdenken. Laubenheim ist in Mainz für seltene Vögel und seltene Blumen zuständig – Bevölkerung gibt es hier nicht", übte sich Riffel in scharfer Ironie.

Sogar der Grünen-Politiker Franz Horak konstatierte: „Das stimmt schon, ich will die Frau Steinkrüger gar nicht in Schutz nehmen." Horak regte an, wegen „Nichtstun der Verwaltung" eine Klage einzureichen. Man müsse sich „mal umhören, ob es irgendeinen Anwalt gibt, der da draufspringt". Horaks Rede: „Der gemeinsame Zorn vereint uns."

Grünen-Politikerin Gabriele Müller („Laubenheim dümpelt ganz schrecklich") und Ökodemokrat Ulrich Frings sahen es ähnlich. Frings wies darauf hin, dass es in jedem Stadtteil Themen gebe, „die schon seit zehn Jahren überhängend sind und nicht vorankommen". Er regte an, „im Stadtrat eine Abstimmung über die priorisierten Aktivitäten in den Stadtteilen durchzuführen, um so besonders dringliche Dinge auf den Weg zu bringen – vielleicht sollte man das auch auf Ortsvorsteherebene besprechen."

„Eigentlich ist die Verwaltung da, dass die Bürger in ihrem Wohnumfeld ein schönes Dasein haben", klagte Sabrina Grimm (CDU). „Das wird uns ein Stück weit genommen – wir werden als Organ gar nicht mehr angenommen." Auch sie sei „auf jeden Fall bereit, weitere Schritte zu gehen, um etwas bewirken zu können".

Fazit von Ortsvorsteher Gerhard Strotkötter (SPD): „Wir müssen ein Gespräch führen mit den verantwortlichen Leuten in der Verwaltung." Christdemokrat Riffel ergänzte, man warte, bis der neue OB gewählt sei – „dann schlagen wir zu".

Warten auf die „Neue Laubenheimer Mitte": Blick vom Longchampplatz auf das Wilhelm-Spies-Haus, in dem unter anderem der Ortsbeirat regelmäßig tagt. Foto: hbz/Stefan Sämmer

BLAULICHT

Klimakleber blockieren Saarstraße – erhebliche Verkehrsbehinderungen

MAINZ (pal). Klimaaktivisten der „Letzten Generation" haben am Freitagmorgen kurz vor 8 Uhr stadteinwärts die Saarstraße in Höhe der Brücke Hauptfriedhof etwas unterhalb des Haupteingangs der Universität blockiert – und damit erneut eine Hauptverkehrsachse in Mainz, indem sie sich auf der Fahrbahn festklebten.

Es kam deshalb zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Die Polizei konnte den Verkehr allerdings recht zügig umleiten, so dass sich der Rückstau, der zeitweise bis zum Europakreisel ging, gegen 9 Uhr aufzulösen begann. Kurz vor 11 Uhr konnte die Straße nach dem Ablösen der sechs Aktivisten im Alter zwischen 18 und 60 Jahren wieder für den Verkehr freigegeben werden. Vier der sechs Klimaaktivisten hatten sich zuvor auf der Fahrbahn festgeklebt, die anderen beiden klebten sich mit ihren Händen aneinander fest. Und zwar mit Sekundenkleber und besonders festem Kleber-Sandgemisch. Die beiden aneinander geklebten Personen wurden von der Polizei gegen 9 Uhr von der Fahrbahn gehoben. Zum selben Zeitpunkt hatte auch das Ordnungsamt der Stadt Mainz erklärt, für die Aktion bestehe kein Versammlungsrecht. Daraufhin forderte die Polizei nach Angaben von Matthias Bockius von der Pressestelle ein spezielles Team an, das eigens für solche Fälle ausgebildet worden ist.

Abgefrästes Stück Asphalt an der Hand: Eine beteiligte Person wird von Einsatzkräften weggeführt. Zuvor hatten Angehörige der „Letzten Generation" die Saarstraße blockiert. Foto: Lukas Görlach

KURZ NOTIERT

Energieberatung

MAINZ (chel). Die Energieberater der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz erläutern in einem kostenlosen Beratungsgespräch alle Details, die für eine effektive Energieeinsparung im Haus wichtig sind. Die nächsten telefonischen Sprechstunden finden am Dienstag, 14. Februar, 14 bis 17.45 Uhr, (Anmeldung unter Telefon 0800-6075600) sowie am Donnerstag, 16. Februar, 12.30 bis 18.30 Uhr, (Anmeldung unter Telefon 06131-122121) statt. Die nächste Sprechstunde vor Ort findet am Mittwoch, 1. März, 9.15 bis 17.45 Uhr, in der Verbraucherzentrale, Seppel-Glückert-Passage 10, statt. Anmeldung unter Telefon 0800-6075600.

Ab sofort erreichen Sie die Mainzer Lokalredaktion unter:
E-Mail: az@vrm.de oder
Telefon: 06131- 485855

▶ REDAKTION MAINZ RHEINHESSEN

Kontakt:
Aboservice 06131-484950
Telefon 06131-485855
montags bis freitags von 8 bis 15.30 Uhr
Fax: 06131-485848
E-Mail: az@vrm.de

Redaktionspool:
Katharina Volkmann (Ltg.), Alexandra Eckhardt (stv. Ltg.), Angelika Berg, Isabella Brandau, Mona Koch, Kristina Lamprecht, Sabine Lukitsch, Sigrid Scheel, Claudia Winkler

Redaktion Mainz:
Julia Krentosch (jul/Ltg.), Maike Hessedenz (mhz/stv. Ltg.), Julia Sloboda (slo/stv. Ltg.), Michael Bermeitinger (ber), Michael Erfurth (mer), Michael Jacobs (mij), Petra Jung (per), Paul Christian Lassay (pal), Nicholas Matthias Steinberg (nsg), Carina Schmidt (csc)

Redaktion Rheinhessen:
Anita Pleic (ple/Ltg.), Dennis Buchwald (dbu/stv. Ltg.), Kathrin Damwitz (kss), Mechthild Haag (mhg), Erich Michael Lang (eml), Julian Peters (jp), Frank Schmidt-Wyk (fsw), Helena Sender-Petry (sp), Kirsten Strasser (kis), Felix Plum (fep)

Blattmacher:
Anke Mordhorst und Beate Nietzel (verantw.), Nadja Anthes-Ploch, Johannes Bolwin, Torsten Boor, Susanne Einhäuser, Silke Kaul-Fritz, Heide Tittel

Regionaler Verkaufsleiter Anzeigen:
Jörg Meyer 06131-484710

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen Beyer Hagebaumarkt und Malteser Hilfsdienst gGmb bei.

Allgemeine Zeitung

MAINZER ANZEIGER / LANDSKRONE
Redaktion:
Markt 17, 55116 Mainz

Herausgeber:
Joachim Liebler
Verlag: VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz, (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06131) 48 30; Fax (06131) 48 58 68, AG Mainz HRA 9535, phG: VRM Verwaltungs-GmbH.
Geschäftsführung:
Joachim Liebler

Chefredaktion:
Lutz Eberhard (Mitglied der Geschäftsleitung), Dennis Rink (Stv., redaktionell verantwortlich, Mainz), Friedrich Roeingh, Jochen Bohle (Stv.), Tobias Goldbrunner (Stv.), Julia Lumma (Stv.)
Redaktionsleitung Mainz: Julia Krentosch, Maike Hessedenz (Stv.), Julia Sloboda (Stv.)
Redaktionsleitung Rheinhessen Nord: Anita Pleic, Dennis Buchwald (Stv.)
Politik: Christian Matz (Ltg. und Reporterchef)
Wirtschaft: Ralf Heidenreich
Kultur: Johanna Dupré
Sport: Nadine Peter
Nachrichten: Andreas Härtel (Mitglied der Chefredaktion), Michael Klein (Stv.), Ute Siegfried-Henkel, Klaus Thomas Heck
Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Jan Drebes
Chef vom Dienst: Klaus Kipper
Art Director: Stefan Vieten
Leben/Wissen: Monika Nellessen
Bildredaktion: Sascha Kopp

Geschäftsleitung Markt: Michael Emmerich
Anzeigen: Melanie von Hehl (verantwortlich)
Lesermarkt: Matthias Lindner
Logistik: Oliver-Alexander Wolters

Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.
Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Anzeigenpreise laut Preisliste Nr. 2 Digital, Tageszeitungen & Wochenblätter ab 1. Januar 2023. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 21 vom 1. Januar 2023.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

„Fahren schlechtere Qualität, als wir wollen“

Verspätete Züge, Baustellen an den S-Bahn-Strecken und Ticketpreiserhöhungen: RMV-Chef über die Situation des Verkehrsverbundes

FRANKFURT. Die S-Bahnen im Rhein-Main-Gebiet sind im vergangenen Jahr so unpünktlich gewesen wie seit Jahren nicht. Knut Ringat, Chef des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) spricht im Interview über die Ursachen, fulminante Fehlstarts – und macht keine Hoffnung auf schnelle Lösungen.

Die S-Bahnen im Rhein-Main-Gebiet waren im vergangenen Jahr so unpünktlich wie seit Jahren nicht. Archivfoto: dpa

INTERVIEW

Herr Ringat, wir blicken zurück auf das vergangene Jahr: Hat die Politik mit dem 9-Euro-Ticket aus Ihrer Sicht gute Werbung für den ÖPNV gemacht?

Definitiv. Das war für mich die Initialzündung, um überhaupt eine Idee umzusetzen, wie man mal mit mehr Fahrgästen im ÖPNV die Klimaziele erreichen kann. Schade ist, dass danach so eine große zeitliche Lücke entstanden ist, bis es im Mai mit dem Deutschlandticket weitergeht.

Knut Ringat
Foto: dpa

Aber es sind genau da ja durchaus Kapazitätsprobleme sichtbar geworden.

Ja, das stimmt. Wir haben die Schwachstellen in unseren Netzen über die drei Monate hinweg dokumentiert und haben diese ganzen Ordner bei unseren Länderministern und dem Bundesverkehrsminister in einer deutschlandweiten Evaluation auf die Tische gestellt – das sind dann unsere Aufgaben für die nächsten Jahre, Finanzierung vorausgesetzt.

Gehen Sie davon aus, dass tatsächlich langfristig mehr Bürger auf den ÖPNV umsteigen, wenn es mit dem 49-Euro-Ticket günstiger wird?

Das Deutschlandticket ist genau der richtige Ansatz als Fortführung der Initialzündung: Es wird dazu führen, dass mehr Menschen einfach den ÖPNV nutzen können, und wird damit auch zu mehr ÖPNV-Nutzern führen. Ich schätze – wenn man das gut macht – dass wir Ende 2024 durchaus etwa 15 Prozent mehr Menschen in Bus und Bahn haben können, als wenn es das Ticket nicht gäbe.

Wird mit dem 49-Euro-Ticket auch eine Vereinheitlichung der ÖPNV-Tarifstruktur in Deutschland einhergehen und die unübersichtlichen Tarifwaben abgeschafft?

Auf längere Zeit wird die Tarifstruktur voraussichtlich einfacher. Erstmal muss man aber gucken, dass das Deutschlandticket nach den ersten zwei Probejahren stabil durch den Bund fortgeführt wird. Wir gehen davon aus, dass das die Politik will und dass das auch gelingt. Wir werden aber deshalb unsere Tarife zunächst so belassen. Wir werden letztlich nach den zwei Jahren sehen, welche unserer Angebote der Kunde noch nutzt.

Wie entwickeln sich die Ticketpreise generell – wird es weiterhin die jährlichen Preisaufschläge geben? Und muss eine Preisdynamisierung auch beim 49-Euro-Ticket gelten?

Beim RMV werden wir künftig indexierte Preiserhöhungen haben, also Preisentwicklungen bei Löhnen, Energie und Dieselkraftstoffe 1:1 auf unseren Tarif umlegen. Das 49-Euro-Ticket heißt ja offiziell Deutschland-Ticket: Das hat den bewussten Hintergrund, dass es sicherlich künftig auch mal einen anderen Preis haben wird. Man wird in der ersten Evaluation nach etwa anderthalb Jahren feststellen, wie teuer es tatsächlich ist. Das hängt auch davon ab, wie viele Menschen das Ticket nutzen.

Der Preis ist nicht alles für den Kunden: Auch Zuverlässigkeit, Komfort, gute Anbindungen und Umsteigemöglichkeiten zählen. Gerade beim Thema Zuverlässigkeit hat der RMV extreme Probleme. Welche Ursachen hat das?

Die Pünktlichkeit der S-Bahn lag im vergangenen Jahr bei rund 88 Prozent, 2021 bei 92 Prozent. Hier gilt eine Sechs-Minuten-Toleranz, also alles bis 5,59 Minuten Verspätung gilt als pünktlich. Es gibt eine Vielzahl von Herausforderungen, die dazu führen, dass wir eine schlechtere Qualität fahren, als wir sie eigentlich haben wollen. Am meisten ächzen wir – so wie die gesamte Wirtschaft – unter dem Personalmangel. Auch Krankenstände sind ein Problem: Hatte man früher einen durchschnittlichen Krankenstand von drei bis vier Prozent, liegt der heute wegen Corona bei elf Prozent oder höher. Zusätzlich haben wir die überlastete Infrastruktur. Hier hat man die vergangenen 20 bis 30 Jahre geschlafen. Zwischen 2020 und 2030 haben wir ein Jahrzehnt des Bauens.

Worauf müssen sich die Kunden einstellen?

Wir haben in diesem Jahr mehr als 800 Baustellen für Infrastruktur- und Instandhaltungsmaßnahmen im RMV. Jeden Tag durchschnittlich zwei bis drei Bau- und Reparatur-Maßnahmen, die dazu führen, dass der Fahrplan geändert werden muss. Das wird sich Ende dieses Jahrzehnts entspannen, aber bis dahin wird es eher noch dramatischer, als es heute ist. Wir haben eine Vielzahl von externen Großstörungen, die durch verspätete Fernverkehrszüge in die Rhein-Main-Region reingetragen werden. Hier fahren 60 bis 70 Prozent aller Eisenbahnverkehre in Deutschland durch. Eine Großsperrung in Hannover oder München trägt sich bei uns rein – die Fahrstraßen sind dann für uns weg. Das Wichtigste ist aus meiner Sicht, dass die Kunden gut informiert werden. DB Netz kündigt aber manchmal sehr kurzfristig – von heute auf morgen – Änderungen von Baumaßnahmen an. Das ist aber auch dem vermehrten Baugeschehen geschuldet. Wir müssen aber bauen, weil wir ansonsten gar nicht mehr fahren können, da uns die gesamte Infrastruktur unterm Hintern wegbröckelt und ausgebaut werden muss.

Jetzt haben Sie enorme Herausforderungen für den RMV skizziert. Ein Prestigeprojekt, der lang angekündigte Einsatz der Wasserstoff-Flotte im Taunus, läuft aber alles andere als reibungslos: Statt emissionsfrei hieß es dann erstmal Dieselloks und Schienenersatzverkehr. Wäre es nicht besser, sich zunächst auf das Kerngeschäft zu fokussieren?

Es geht um die Entwicklung eines Systems, um die Klimaziele zu erreichen. Für uns gehört dazu die Antriebswende, hier gibt es entsprechende Vorgaben der Europäischen Union, dass man ab einem bestimmten Zeitpunkt die Züge nicht mehr mit Diesel fahren lassen darf. Wir untersuchen das für jedes Bus- und jedes Eisenbahnnetz technologieoffen. Im Taunus gab es eine langjährige Untersuchung, welche Antriebstechnologie dort die optimale ist. Elektrifizierung und batterieelektrische Züge sind dort keine wirtschaftlichen Optionen. Die Wasserstofftechnologie ist jetzt keine neue Technologie, sondern vielerorts erprobt. Die Entwicklung von Wasserstoff-Schienenfahrzeugen macht in Mitteleuropa hauptsächlich die Firma Alstom. Wir sind nicht die Ersten, die ihre Fahrzeuge einsetzen. Der fulminante Fehlstart im Taunus hat damit zu tun, dass der Hersteller Alstom nicht termingerecht und nicht qualitätsgerecht geliefert hat – und liefert. Es gibt technische Probleme, beispielsweise mit den Tanks und wir können nur deutlich kürzere Strecken mit den Zügen zurücklegen als vom Hersteller versprochen. Wir haben leider erst zum Start realisieren können, dass die Züge nicht qualitätsgerecht sind. Hätte ich das vorher gewusst, hätte ich vorher die Reißleine ziehen können.

Wurde nicht vorher getestet?

Natürlich wurde vorher getestet. Aber es wurde weniger getestet als angedacht, weil die Fahrzeuge später kamen als versprochen. Auch das hat wieder mit der Gemengelage aus Ukraine-Krieg, Energie-Krise, Corona-Pandemie und Personalmangel zu tun. Als Ersatz fahren teilweise Dieselzüge, auf Kosten von Alstom. Von den Ersatzzügen mussten aber auch erstmal viele in die Werkstatt. Ich stelle generell fest, dass die Fahrzeugindustrie heute nicht mehr pünktlich und per se – unabhängig von der Antriebstechnologie – nicht mehr in so einer Qualität liefert, dass man die Fahrzeuge sofort zum Einsatz bringen kann. Deutschlandweit haben wir überall die gleichen Probleme. Bis Sommer sollten alle bestellten 27 Fahrzeuge von Alstom mängelfrei da sein.

Wie sehr hat die Corona-Pandemie den RMV belastet und auf welchem Niveau sind die Fahrgastzahlen mittlerweile wieder angekommen?

Wir hatten im Jahr 2020 35 Prozent weniger Fahrgäste im Vergleich zu 2019, in 2021 waren es 30 Prozent weniger. Im Jahr 2022 waren es bis zum 9-Euro-Ticket ebenfalls 30 Prozent Fahrgäste weniger, danach fast wieder auf dem Vor-Corona-Stand und danach hat sich das bei etwa 85 Prozent eingependelt. Die Einnahmeverluste werden durch den Corona-Schutzschirm ausgeglichen.

Bund und Land wollen den Bus- und Bahnverkehr in Hessen 2023 und 2024 mit rund 2,2 Milliarden Euro unterstützen. Was bedeutet die angekündigte „Rekordsumme“ für den RMV?

Wir bekommen mehr Geld, aber dieses Geld wird aufgefressen von Kostensteigerungen, beispielsweise im Energiebereich. Das bedeutet, wir können den Status quo bedienen. Aber wenn eine nächste Krise dazwischenkommen sollte, reicht das nicht mehr aus und wir müssten Verkehre abbestellen. Für Fahrplanverdichtungen, zusätzliche Bahn- und Busverkehre oder Innovationsprojekte reicht das Geld auf jeden Fall nicht.

Das Interview führten
Nele Leubner und Karl Schlieker.

KNUT RINGAT

▸ Knut Ringat ist seit 2008 Geschäftsführer und seit 2009 **Sprecher** der **Geschäftsführung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes** (RMV). Außerdem ist er seit 2009 **Vizepräsident** des **Branchenverbands Deutscher Verkehrsunternehmen** (VDV). Der 62-Jährige ist zudem **Honorarprofessor** an der TU Dresden.

Fortbildungsstau bei der Feuerwehr

Tausende Kräfte in Rheinland-Pfalz wollen jährlich an wichtigen Lehrgängen teilnehmen / Fast die Hälfte aller Bewerber wird aber abgewiesen

Von Stephen Weber

MAINZ. Die rheinland-pfälzische Feuerwehr hat offenbar einen Ausbildungs- und Fortbildungsengpass. Wie aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hervorgeht, übersteigt der Bedarf an Lehrgangsplätzen bei Weitem das Angebot.

Landesfeuerwehrverband: Alarmierende Entwicklung

Für das laufende Jahr 2023 haben sich 8850 Feuerwehrkräfte für einen Lehrgang an der Landes-Feuerwehr- und Katastrophenschutzakademie (LFKA) in Koblenz angemeldet – nur 4500 von ihnen haben einen Platz erhalten. Eine Quote von gerade einmal 50 Prozent.

An der LFKA finden in der Regel die Aus- und Weiterbildungen für das Führungspersonal der Feuerwehr statt, also jene Einsatzkräfte, die in größeren Lagen das Kommando übernehmen sollen. Und hier ist der Knackpunkt, wie Frank Hachemer, Chef des rheinland-pfälzischen Landesfeuerwehrverbandes, jüngst gegenüber dem „Trierischen Volksfreund“ äußerte. Denn ohne die wichtigen Lehrgänge fehle es im Einsatz bei großen Entscheidungen womöglich an Fachwissen. Ein „Riesenproblem“, wie Hachemer es ausdrückt.

Und ein Problem, das bereits seit mehreren Jahren besteht. Aus dem Innenministerium heißt es dazu, dass die schlechte Quote bei den Lehrgangsbelegungen in den vergangenen Jahren auch mit „pandemiebedingten Einschränkungen“ zu erklären sei. Zudem sei der Lehrgangsbetrieb 2021 zusätzlich durch die Flutkatastrophe an der Ahr eingeschränkt worden. Und in der Tat waren die Quoten während der Pandemie nachweislich schlechter als im laufenden Jahr - mit Werten jährlich unter 35 Prozent. Aber: Auch bereits vor der Corona-Pandemie war laut Statistiken des Innenministeriums der Bedarf an Lehrgangsplätzen wesentlich höher als das Angebot. Gemäß einer früheren Anfrage der CDU-Fraktion konnten bereits 2019 nur 48 Prozent der Anmeldungen berücksichtigt werden. 2018 waren es 62 Prozent.

Feuerwehrleute stehen zusammen, um den Einsatz zu besprechen. Foto: dpa

Das Innenministerium kündigt an, dem Negativtrend entgegenwirken zu wollen. Wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage hervorgeht, sind im neuen Haushalt des Landes Gelder für zusätzliche 24 Lehrkräfte an der LFKA eingestellt worden.

Zusätzliche Lehrsäle eingerichtet

Lehrkräfte, „die allerdings zunächst noch gewonnen und eingearbeitet werden müssen“, wie das Innenministerium einräumt. Ferner wurden laut Ministerium in der Feuerwehrakademie bereits mehrere zusätzliche Lehrsäle eingerichtet, um den gesteigerten Platzbedarf decken zu können.

Warnstreiks im öffentlichen Dienst

MAINZ (dpa). Für den kommenden Dienstag und Mittwoch hat die Gewerkschaft Verdi in Rheinland-Pfalz zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst aufgerufen. Zu den Demonstrationen werden insgesamt etwa 2100 Streikende erwartet, wie der Geschäftsführer des Verdi-Bezirks Pfalz, Jürgen Knoll, am Freitag mitteilte.

Am Dienstag (14. Februar) wird es zunächst drei regionale Streikveranstaltungen in Worms, Landau und Pirmasens geben, bevor am Mittwoch (15. Februar) alle Beschäftigten zu Versammlungen in Ludwigshafen und Kaiserslautern erwartet werden. Knoll rechnet aufgrund der Warnstreiks mit Schließungen von Kitas und Einschränkungen in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. In Krankenhäusern sollen an den Tagen nur Notfalloperationen stattfinden und nicht dringend notwendige Operationen verschoben werden.

Tarifverhandlungen für den 22. und 23. Februar geplant

Bereits am Mittwoch hatte die Gewerkschaft nach einem für sie enttäuschenden Verhandlungsauftakt im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes in einer Mitteilung alle Beschäftigten zur Niederlegung der Arbeit aufgerufen. Verdi fordert in der anstehenden Tarifrunde für die Angestellten von Bund und Kommunen 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die nächste Runde der Tarifverhandlungen ist für den 22. und 23. Februar in Potsdam geplant.

Golddiebstahl bei „Aktenzeichen XY“

IDAR-OBERSTEIN (dpa). Ein spektakulärer Einbruch in Idar-Oberstein, bei dem Schmuckstücke, Edelsteine, Goldbarren und -münzen im Millionenwert gestohlen wurden, soll mithilfe der ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY“ aufgeklärt werden. Wie die Polizei am Freitag mitteilte, erhoffen sich die Ermittler von der Ausstrahlung an diesem Mittwoch (15. Februar) Hinweise möglicher Zeugen. Außerdem veröffentlichten die Fahnder Fotos der maskierten Täter aus einer Überwachungskamera sowie Aufnahmen der Beute, der Transportbehälter und anderer Gegenstände.

Unbekannte waren am Abend des 7. Dezember 2022 in das Gebäude einer Werttransport-Firma eingebrochen und hatten die Schmuckstücke und die anderen Gegenstände gestohlen.

Strafanzeige nach Wasserschaden

MAINZ (dpa). Das ZDF hat nach einem Wasserschaden auf dem Sendegelände am Hauptsitz Mainz Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet. Ein technischer Defekt könne ausgeschlossen werden, Fremdeinwirkung gelte damit als wahrscheinlich, teilte der öffentlich-rechtliche Sender am Donnerstag in Mainz zu der Strafanzeige mit. Das Portal „T-Online“ hatte zuerst über den Wasserschaden berichtet. Dieser ereignete sich nach Senderangaben bereits Ende Dezember an einer Löscheinrichtung im markanten ZDF-Hochhaus. Büroräume in mehreren Stockwerken seien beschädigt worden. Der Schaden sei versichert, die Höhe stehe wegen der laufenden Sanierung noch nicht fest.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Zum Flughafen Hahn.

Bürger winkt nur noch resigniert ab

Sollte sich bewahrheiten, was sich erneut um den Flughafen Hahn am Horizont abzeichnet, wird sich die Landesregierung, wie bei den Pleiten vorher, in schwerem Wasser wiederfinden, und wieder ist zu befürchten, dass selbst bei dieser Krise mit Ansage Überforderung offensichtlich wird. Der rheinland-pfälzische Bürger winkt nur noch resigniert ab.

Läuft der Verkauf wieder aus dem Ruder, werden wir - die Steuerzahler - ungewollt Flughafenbetreiber, nur ohne Mitsprache. An einen russischen Oligarchen den Flughafen Hahn verkaufen zu wollen, ungeachtet der Kriegshandlungen in der Ukraine, kann mit Verlaub und bei allem Respekt, nur Köpfen entspringen, „die mit dem Klammerbeutel gepudert sind". Bekannt ist – und darüber muss man nicht staunen – der Mehrheitseigner bestimmt nun mal nach eigenem Gusto. Ob die Mainzer Firmengruppe Richter in Anbetracht der Dexheimer Kaserne und anderer strittiger Vorhaben die richtige Wahl sein kann, sei dahingestellt. Die von den Gläubigern ausgehenden Signale, mit etwas mehr Gelassenheit und Umsicht nach Betreibern mit Substanz zu suchen, die den nötigen Abstand zu mit Fragezeichen belasteten Geldflüssen pflegen, ist zu begrüßen. Die politisch gern bemühte Floskel, Deutschland sei ein reiches Land, wirft immer dann drängende Fragen auf, wenn dubiose Geldmittelzuflüsse aus dem Ausland als Rettungsanker für verkorkste Unternehmungen dienen sollen.

Karl Richard Huff
Friesenheim

Zum Engagement von Anna Netrebko bei den Maifestspielen 2023.

Fassungslos, dass der Staat sich einmischt

Ich kann den Pro-Argumenten von Volker Milch in seinem Artikel nur zustimmen! Ich glaube kaum, dass Intendant Laufenberg Anna Netrebko als absichtliche Provokation gegenüber der Ukraine und ihrer Bevölkerung engagiert hat. Anna Netrebko ist eine begnadete Sängerin und ein internationaler Superstar. Sie hat sich vom Krieg distanziert. Wer, außer sie selbst, kann über diese Distanzierung richten? Wieso werden die russische Kultur und ihre Vertreter (zumeist) unrechtmäßig für den Krieg verantwortlich gemacht? Anna Netrebko wird zum Sündenbock für Putin und den russischen Angriffskrieg gemacht!

Ich persönlich finde es schade, dass das ukrainische Nationalorchester und das Taras-Schewtschenko-Theater nicht zu den Maifestspielen kommen möchten, ich fände es ein großartiges Zeichen gegen Putin und den Krieg, wenn die Vertreter der ukrainischen Kultur Russland die Stirn bieten und auftreten! Allerdings macht mich fassungslos, dass sich hier der Staat einmischt. Dass die Ukraine den Vertretern ihrer Kultur verbietet, bei den Maifestspielen aufzutreten, ist schändlich! Das ist wahre Willkür! Ich hoffe, dass sich Intendant Laufenberg nicht dem staatlichen Druck beugt. Ich halte es für eine große Ehre, dass zu den eher regionalen Maifestspielen solch hochkarätige Gäste aus aller Welt kommen! Die Welt ist zu Gast in Wiesbaden und das ist gut so!

Georg von Schönburg
Ingelheim

»Weite Teile der Politik lassen nicht erkennen, dass sie bereit sind, sich ernsthaft gegen die Klimakrise zu stemmen.«

Arun Gupte

Zu Klimaaktivisten.

Ethisch und moralisch im Recht

Medien haben sehr kritisch über die Proteste der Institutionen wie „Fridays for Future" oder „Letzte Generation" berichtet. Juristisch mögen diese Proteste im Unrecht sein, wenn sie RWE dran hindern, ihr Eigentum Lützerath in Besitz zu nehmen oder wenn sie sich an die Straßen kleben oder Kunstwerke beschmieren. Ja, sie waren im Unrecht, wenn sie dadurch Rechte Dritter verletzt haben.

Die Wissenschaft verfügt über überwältigende Beweise dafür, dass die Klimakrise mit erheblichem Tempo voranschreitet. Dennoch lassen weite Teile der Politik nicht erkennen, dass sie bereit sind, sich ernsthaft dagegen zu stemmen. Bäume umarmen ist kontraproduktiv, da offensichtliche Heuchelei, wenn gleichzeitig Ausbau und Verteilung der erneuerbaren Energie regelmäßig verhindert werden, wie die konservativen Kräfte es hierzulande tun. Die „Liberalen" gehen geradezu provokativ einen Schritt weiter und verhindern das Tempolimit, nur um einer Handvoll „Porsche-Paschas" aus ihrem Klientel zu ermöglichen, ihren Tempodrang auf unseren Straßen auszuleben.

Wo bleibt denn da das Staatsmännische? Mag sein, dass die Protestbewegung sich juristisch manchmal im Unrecht befindet. Das ethische und moralische Recht dafür hat sie längst erwirkt. Es ist höchste Zeit, dass die Politik sich bemüht, den Natur- und Klimaschutz in der Europäischen Verfassung so zu verankern, dass wir ihn schon von rechtswegen einklagen können und Proteste gar nicht erst notwendig werden.

Arun Gupte
Ingelheim

Auch in Mainz machten Aktivisten der „Letzten Generation" mit Aktionen mehrfach auf ihr Anliegen aufmerksam. Juristisch verwerflich, moralisch gerechtfertigt – oder sogar beides? Foto: dpa

Zu staatlichen Vorgaben bei der Gebäudesanierung und Heizungsmodernisierung.

Teufel liegt wie so häufig im Detail

Ökologische Gebäudesanierung: Diesem Begriff werden die meisten Menschen etwas abgewinnen können. Jedoch liegt wie so häufig der Teufel im Detail.

Wenn der Staat einem vorschreiben will, wie und wann man seine Heizung modifizieren muss, wird die Zustimmung schon bröckeln. Ganz schlimm wird es, wenn der Übervater Staat droht, ab 2024 die Heizung stillzulegen, wenn sie nicht die neuesten Anforderungen erfüllt.

Dummerweise sind die Zinsen gerade auf einem hohen Niveau. Zudem gibt es Lieferengpässe und die Handwerker nutzen diese Situation weidlich aus, wenn man überhaupt einen Termin bekommt. Häufig sind die vorgeschriebenen Änderungen so komplex, dass sie die finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer ausreizen, wenn nicht übersteigen.

Vor diesem Hintergrund mit einer Stilllegung der Heizung zu drohen, grenzt schon an Nötigung. Das alles wird nach Corona und dem Energiepreisschock für noch mehr Staatsverdrossenheit sorgen.

Werner Mayer
Partenheim

Zum Lehrermangel.

Man wird sich dran gewöhnen müssen

Firmen überlegen, wie sie ihre Arbeitsplätze durch flexible Arbeitszeitmodelle attraktiv machen können, der Staat versucht gerade das Gegenteil. Würden die von der Kultusministerkonferenz angeregten Maßnahmen durchgesetzt, führte dies wohl innerhalb kürzester Zeit zum vollständigen Zusammenbruch des Schulsystems. Ein nicht unerheblicher Teil der Lehrkräfte lebt in Beziehungen, in denen beide Lebenspartner in Teilzeit arbeiten, damit sich beide um die Kinder kümmern können. Werden die Klassen größer und muss man als Lehrkraft Vollzeit arbeiten und wird man auch noch an verschiedenen Schulen eingesetzt, so wird der Job dermaßen unattraktiv, dass man ihn besser ganz an den Nagel hängt und sich als Hausfrau/-mann um die Kinder kümmert. Der Lebenspartner wechselt dann zu Vollzeit und holt das Geld für den Familienunterhalt alleine rein. Will die Kultusministerkonferenz, dass Lehrkräfte in Scharen den Dienst quittieren? Es bleibt der Politik wohl nichts anderes übrig, als sich daran zu gewöhnen, dass ein Sechsstundenschultag in Zukunft so aussehen wird: 1. bis 4. Stunde Unterricht durch qualifizierte Fachlehrkräfte; 5. bis 6. Stunde Aufgabenbetreuung durch unqualifiziertes Aufsichtspersonal.

Hendrik Nebeling
Mainz

Zur Willkommenskultur für Fachkräfte.

Viel zu kompliziert und bürokratisch

Die Verfahren für Menschen, die zum Arbeiten zu uns kommen möchten, sind viel zu kompliziert und bürokratisch: Sie müssen ihre bisherige Qualifikation nicht nur mit Zeugnissen, sondern auch Lehrplänen mit Einzelstundennachweis (!) nachweisen – natürlich in beglaubigter Übersetzung –, auch wenn die Ausbildung schon Jahre zurückliegt und eine mehrjährige Berufserfahrung vorliegt. Die IHK FOSA (Foreign Skills Approval), die für die Gleichwertigkeitsfeststellung der Ausbildung zuständig ist, war durch einen Hackerangriff monatelang lahmgelegt und kommt nicht mit der Bearbeitung hinterher. Ein Visumsantrag in der Botschaft muss vom Antragsteller in bar und in Dollar bezahlt werden, es ist nicht möglich, die Gebühren von Deutschland aus zu überweisen. Am liebsten soll der Bewerber auch schon perfekt Deutsch auf B2-Niveau können. Wenn man bedenkt, dass die Interessierten aus Ländern mit sehr niedrigem Lohngefüge kommen, fallen die meisten schon aus finanziellen Gründen durchs Raster, denn wie sollen sie all die Gebühren und letztlich noch die Reisekosten stemmen? Wenn letztlich diese Hürden überwunden sind, braucht es aber auch Initiative der Industrie: Die Arbeitgeber sollten, etwa über die IHKs, den Bewerbern auch nach Ankunft im Land qualifizierten, fachbezogenen Spracherwerb ermöglichen. Und im eigenen Interesse könnten sie Tandems oder Patenschaften im Unternehmen einrichten: Arbeitnehmer, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, bekommen in einem Teilzeit-Modell eine Fachkraft aus dem Ausland zur Seite gestellt, die sie einarbeiten und die nach und nach die Stelle voll übernehmen kann. So könnte Willkommenskultur aussehen, von der die Unternehmen, die alteingesessenen Mitarbeiter und die Neuankömmlinge gleichermaßen profitieren, also eine Win-win-win-Situation.

Katrin Pfeil
Mainz

»Wenn man bedenkt, dass die Interessierten aus Ländern mit sehr niedrigem Lohngefüge kommen, fallen die meisten schon aus finanziellen Gründen durchs Raster.«

Katrin Pfeil

Zum Ukraine-Krieg.

Dein Garten gehört ab sofort mir!

Die untere Etage deines Hauses gehört jetzt mir! Alle diejenigen, die derzeit fordern, die Ukraine sollte mit Russland verhandeln, mögen sich folgendes Szenario vorstellen: Ihr Nachbar dringt mit Waffengewalt – da er sie nicht leiden kann und Sie ein viel schöneres Haus haben als er – bei Ihnen ein und sagt, ab sofort gehörten die untere Etage und der Gartenteil, der an sein Grundstück angrenzt, nicht mehr Ihnen, sondern ihm. Sie rufen die Polizei, da dies in unserem Land nicht rechtens ist – vergleichbar mit der Ukraine, die ihre Nachbarn aufgrund des Völkerrechts um Hilfe bittet. Die Polizei sagt Ihnen, dass sie Ihnen zwar helfen könnte, das aber nicht möchte, da sie zu viele andere Fälle hätte und sich in Ihren Konflikt nicht einmischen möchte. Sie empfiehlt Ihnen, sich mit dem Nachbarn zu verständigen.

Sie geben sich mit diesem Rat zufrieden, überlassen dem Eindringling die untere Etage und verhandeln nun mit ihm, ob Sie den Zugang zur oberen Etage zumauern dürfen und einen Zaun auf der von ihm definierten neuen Grenze stellen dürfen. Zudem bitten Sie ihn, zu unterschreiben, dass er Ihnen den Rest des Hauses für immer lässt, wenn Sie ihm die untere Etage und den Gartenteil überlassen. Wer sich dieses Szenario für sich selbst so verstellen kann, der darf der Ukraine aktuell einen Verhandlungsvorschlag machen, aber toll finden muss das die Ukraine noch lange nicht, denn sie wurde ohne Grund vom Nachbarn überfallen.

Olaf Repovs
Partenheim

Zum selben Thema.

Zum Verhandeln gehören immer zwei

Natürlich wünschen wir uns alle ein ganz schnelles Ende dieses Krieges, und keinem ist wohl bei der sich immer weiter drehenden Waffen-Spirale. Aber – wir haben leider keine Alternative. Wer jetzt ein sofortiges Ende der militärischen Unterstützung fordert und immerzu nach Diplomatie ruft, nimmt in Kauf, dass es dann in wenigen Wochen keine Ukraine mehr gibt, über deren Fortbestand man verhandeln könnte.

Und die immer wieder geäußerte Angst vor der Atommacht Russland hilft auch nicht weiter, bedeutet sie doch im Umkehrschluss, dass man einer solchen Macht besser nachgibt. Die Frage ist, wie lange? Was, wenn es an die eigene Freiheit geht, nicht nur an die der scheinbar so fernen Ukraine... Ich finde es hoch befremdlich, wie kurz viele denken. Es wird „Kriegslogik" gegen „Friedenslogik" gestellt, ja gar Ausdrücke wie „Kriegslust" oder „Kriegsgeheul" werden bemüht. Man selbst ist ja auf der guten Seite und zu 100 Prozent Pazifist. Man ist ja auch (noch) nicht direkt betroffen!

Nur ein Land führt Krieg in Europa, das ist Russland. Alle anderen – die Ukraine und sämtliche an freiheitliche demokratische Werte glaubenden Menschen und Nationen an ihrer Seite führen keinen Krieg! Sie verteidigen ihre Werte! Das ist etwas ganz anderes und – so bitter die Wahrheit ist - im Moment nur mit Waffen möglich, denn zum Verhandeln gehören immer zwei!

Volker Wiegand
Udenheim

THEMEN

- Ukraine-Krieg
- Willkommenskultur
- Lehrermangel
- Anna Netrebko
- Flughafen Hahn
- Gebäudesanierung
- Klimaaktivisten

Zum Ukraine-Krieg.

Gewaltspirale nicht die Tür öffnen

Wer den Pazifismus ablehnt, muss sich fragen lassen, wohin es führt, wenn der Gewaltanwendung die Tür geöffnet wird. Spielt die Argumentation nicht denjenigen in die Hände, die über Machtmittel verfügen und schnell unter dem Vorwand der „Ultima Ratio" zu den Waffen greifen? Die Situation beim Krieg in der Ukraine ist paradox und kompliziert! Auf der einen Seite ein Aggressor, der im Sicherheitsrat der UNO mit Vetorecht sitzt und auf der anderen Seite ein Land, das sich verteidigen muss mit immer mehr Waffen, um zu überleben; also Frieden schaffen mit immer mehr Waffen! Wichtig ist es aber jetzt, dass man sich bewusst von der festgefahrenen Kriegsrhetorik löst und stärker auf Gespräche setzt. Nur so gibt es eine Perspektive für die Zukunft!! In dieser konkreten politischen Situation spielen nämlich viele andere Faktoren, etwa wirtschaftspolitische Interessen, der Einfluss der Rüstungsindustrie, Machtkämpfe zwischen den Verantwortlichen, Geltungssucht und Rivalität sowie unklare schwammige Motivation für das jeweilige Handeln eine große Rolle. Daher darf der Gewaltspirale nicht die Tür geöffnet werden! Wenn es keine Schranke gibt, hat nur das Nachdenken über militärische Intervention Vorrang. Daher jetzt verhandeln, bevor der Flächenbrand immer größer wird. Deutschland als Mittelmacht in Zentraleuropa sollte eine moderierende Führungsrolle übernehmen, wie es unser Kanzler scheinbar versucht! Da die UNO anscheinend zu schwach ist, sollte mithilfe von Indien und China auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um zunächst den Konflikt einzufrieren und dann über Verhandlungen zu einer beide Seiten zufriedenstellenden Lösung zu finden. Dies wird in eine neue Friedensordnung für Europa münden. Gespräch statt Gewalt – das allein ist der Weg des Friedens!

Günther Diehl
Worms

KONTAKT

- Wir können nur Leserbriefe berücksichtigen, die uns über das **Online-Formular auf** den Homepages **www.allgemeine-zeitung.de/leserbrief** oder **www.wormser-zeitung.de/Leserbrief** erreichen.
- Die an dieser Stelle veröffentlichten Briefe stellen die Meinung des Einsenders dar. Wir behalten uns das Recht einer sinnwahrenden Kürzung vor.
- Die Zuschriften dürfen die Länge von 1800 Zeichen nicht überschreiten.
- Aufgrund der Fülle an Einsendungen können wir nicht alle Zuschriften veröffentlichen. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefes besteht nicht.
- Nicht abgedruckt werden Leserbriefe mit volksverhetzenden, rassistischen und anderen rechtswidrigen Inhalten.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Mainzer, geht wählen!

Vor der OB-Wahl am Sonntag: Warum es wichtig ist, dass die Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen

Jetzt ist alles gesagt. Oder nicht. Aber was bis jetzt nicht gesagt wurde, ist wahrscheinlich auch nicht mehr wahlentscheidend. Das Wichtige ist doch: Sie haben eine Wahl! Sieben Kandidaten möchten die Nachfolge von Michael Ebling (SPD) antreten. Sieben Kandidaten, die in den

MEINEWOCHE

VON JULIA KRENTOSCH

julia.krentosch@vrm.de

letzten vier Monaten durch einen Wahlkampf mit Weihnachtsmarkt, Fastnachtssitzungen und unzähligen Podiumsdiskussionen gesprintet sind. Hat es gereicht? Wer hat die kurze Zeit genutzt, um bei den Wählern zu punkten? Martin Malcherek (Die Linke) ist der Lieblingskandidat seiner Konkurrenten, aber auch der, der Wähler? Haben die den Satiriker Lukas Haker (Die Partei) überhaupt auf dem Schirm? Und wie schneidet der FDPler Marc Engelmann ab?

Fest steht schon jetzt: Für mindestens zwei der aussichtsreichsten Kandidaten wird der erste Wahlgang – bei so vielen Kandidaten ist es unwahrscheinlich, dass einer auf Anhieb über die Hälfte aller Wählerstimmen bekommt – eine bittere Enttäuschung bereithalten.

Spannende Frage nach der Wahlbeteiligung

Schafft es Mareike von Jungenfeld (SPD) nicht in die Stichwahl, dann hat die SPD nach 70 Jahren das Mainzer Rathaus, inzwischen Stadthaus, verloren. Schafft es Christian Viering (Grüne) nicht, dann ist die greifbare Chance der Grünen auf den Oberbürgermeister-Posten erst mal dahin.

Schafft es Manuela Matz (CDU) nicht, dann hätte die Dezernentin den Aufstieg verpasst. Und schafft es der parteilose Nino Haase nicht in die Stichwahl, dann würde er im Vergleich zu seinem Erfolg bei der OB-Wahl 2019 (damals unterlag er Ebling erst in der Stichwahl) tief fallen.

Spannend wird sicher auch die Frage nach der Wahlbeteiligung. Und danach, ob die Wähler taktisch wählen – oder mit Haker, Engelmann und Malcherek einfach diejenigen, die ihnen trotz der vermeintlichen Aussichtslosigkeit auf den Wahlsieg sympathischer sind. 45,8 Prozent der knapp 162.000 Wahlberechtigten haben bei der OB-Wahl 2019 ihr Kreuzchen gemacht, 2012 waren es nur 42,8 Prozent.

Es geht um den Chefposten. Das wichtigste Amt der Stadt. Darum, wer die Geschicke der Stadt künftig lenkt, wer auf welche Art die drängendsten Probleme angeht. Nur wer wählt, hat mitbestimmt. Nur wer gewählt hat, darf hinterher meckern. Oder loben.

So funktioniert Demokratie. Und darum, liebe Mainzerinnen und Mainzer: Gehen Sie wählen! Egal, wen.

46.600 Briefwahlunterlagen hat die Verwaltung verschickt. Deutlich mehr als bei vergangenen OB-Wahlen. Foto: Harald Kaster

Schon 38.000 Briefwahlkreuze

Nach Wirbel um Stimmzettel-Fehler sieht Bürgermeister Beck reibungslose Vorbereitung

Von Paul Lassay

MAINZ. Manchmal braucht es nicht viel, um einen großen Wirbel auszulösen. Im Fall der an diesem Sonntag anstehenden OB-Wahlen reichte ein kleiner fliederfarbener Briefumschlag, der irrtümlicherweise in einem Lerchenberger Haushalt landete (diese Zeitung berichtete). Dort hatte er nichts zu suchen, da man mit ihm den Ortsvorsteher oder die Ortsvorsteherin von Hechtsheim wählen soll – was den Hechtsheimern vorbehalten ist.

Alle anderen Stadtteile haben am Sonntag „nur" einen Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin zu wählen. Schnell gab es so viele Fragen, dass sich Wahlleiter Günter Beck (Grüne) am Freitagnachmittag zu einer Klarstellung veranlasst sah.

Ja, es sei ein Fehler passiert, erklärt Beck auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, doch es bestehe keinerlei Gefahr für einen ordnungsgemäßen Ablauf der OB-Wahl und der Ortsvorsteherwahl am Sonntag. Insgesamt seien rund 46.600 Briefwahlunterlagen verschickt worden, wobei in einem Fall ein Briefumschlag an der falschen Stelle gelandet sei. Doch selbst wenn dieser fälschlicherweise verschickte Hechtsheimer Stimmzettel vom Lerchenberg aus eingesendet worden wäre, wäre er spätestens beim Öffnen des Briefumschlags nach der Rücksendung aussortiert worden.

„Wir sind stolz, dass alles so reibungslos läuft", betont Beck. „Es läuft alles wunderbar." Die über 46.000 Briefwahlanträge bedeuteten einen deutlichen Anstieg gegenüber der OB-Wahl von 2019, als rund 31.000 Menschen diese beantragt hatten. Von diesen beantragten Briefwahlunterlagen seien anschließend rund 28.000 auch wieder zurückgeschickt oder eingeworfen worden. Eine Zahl, die bei der diesjährigen OB-Wahl schon längst überschritten ist. Bislang gebe es rund 38.000 Rückläufer, was – gültige Stimmen vorausgesetzt – bereits einer Wahlbeteiligung von rund 23 Prozent entspricht. Für den jetzigen Zeitpunkt sei es normal, dass noch viele Rückläufer fehlten, erklärt Brigitte Lehn aus der städtischen Abteilung für Statistik und Wahlen. „Das macht uns keine Sorgen, da werden noch einige eingehen." In der Tat gebe es bei den vergangenen Wahlen einen Trend dahin, dass immer mehr Briefwahlstimmen erst am Tag der Wahl zurückkämen, berichtet Wahlbüroleiter Peter Frommelt.

Briefwahlunterlagen, die jetzt noch nicht zurückgeschickt worden seien, könnten noch bis Sonntag, 14 Uhr, bei den Ortsverwaltungen eingeworfen werden. Dann werde dort die letzte Leerung vorgenommen. Dies sei ein besonderer Service der Verwaltung, betont Beck, um im Sinne der Demokratie eine hohe Wahlbeteiligung zu fördern. In den Nachtbriefkasten des Stadthauses in der Großen Bleiche können die Briefe derweil noch bis zum Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale am Sonntag um 18 Uhr eingeworfen werden. Von der Post gebe es die Rückmeldung, dass es dort keine Briefwahlunterlagen mehr vorlägen, die von der Verwaltung an Wahlberechtigte verschickt wurden, so Lehn.

Auch wenn sie schon länger vorliegen, werden die Briefwahlstimmen genauso erst ab 18 Uhr am Sonntag ausgezählt wie alle anderen Stimmen auch. Während weiter oben im Stadthaus die Pressekonferenz läuft, findet im Foyer eine der letzten Schulungen für die Briefwahlbetreuer statt. Schließlich wartet am Sonntag ein großes Unterfangen: Insgesamt werden dabei rund 1400 Menschen als Wahlhelfer und in anderen Rollen im Einsatz sein.

LIVE-BERICHTE AM WAHLABEND

- Die Reporter der Allgemeinen Zeitung haben die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters in den vergangenen Monaten sehr intensiv begleitet. Und wir sind auch am Wahlabend, dem **vorläufigen Finale dieses Wahlkampfs**, an ihrer Seite.
- **Am Wahlsonntag** schwärmen wir aus, um live davon berichten zu können, was bei Marc Engelmann (FDP) in der FDP-Zentrale in der Schillerstraße los ist. Oder bei Nino Haase (parteilos) im Eisgrub, bei Mareike von Jungenfeld (SPD) im Unterhaus, bei Manuela Matz (CDU) im Kartäuser Hof in Hechtsheim und bei Christian Viering (Grüne) im Coworking-Space „M1". Martin Malcherek (Die Linke) wartet in seiner Lieblingskneipe, dem Hafeneck, auf die Ergebnisse – und auch hier sind wir mit dabei. Auch mit Lukas Haker (Die Partei) werden wir im Laufe des Abends sprechen.
- Der **Live-Ticker auf der AZ-Internetseite www.allgemeine-zeitung.de** startet am Sonntag um 17 Uhr.

LESERBRIEFE

Zu Beschwerden mancher Büttenredner, bei ihren Fastnachtsvorträgen sei es zu laut im Saal und das Publikum unaufmerksam.

Einfach mal auf stumm schalten

Zu viel Unruhe im Saal? Tipp an alle Redner*innen von einer ehemaligen Lehrerin: Einfach mal verstummen, also Klappe halten. Nach ein paar Sekunden merken auch die größten Quatscher, dass etwas nicht stimmt, gucken nach vorn und halten erst einmal neugierig den Mund. Und da kann man mit einem freundlichen (keinesfalls maßregelnden!) Wort weitermachen.

Das bei Störungen altbewährte pädagogische Prinzip dahinter heißt: Etwas Unerwartetes tun! Und wenn das nicht klappt? Dann hat man entweder wirklich ein verstocktes, die Fastnacht nicht verdienendes Publikum oder: der Vortrag ist langweilig.

Dr. Helga Mosler
Mainz

Zur Neubesetzung der Leitungsstelle für den Erbacher Hof.

Journalistischer Anklagefinger

Wenn kein fröhliches Fastnachtstreiben im Schatten des Domes herrscht, wirft meine Heimatzeitung strenge Blicke auf alle Machenschaften und Personalquerelen unter den benachbarten, katholischen Dächern. Mal sind es Nonnen, die klammheimlich zu ihrer Alterssicherung ein Grundstück versilbern, mal ist es ein im Zerwürfnis geschiedener Akademiedirektor.

Jetzt richtet sich der journalistische Anklagefinger auf die Neubesetzung der Leitungsfunktion im Erbacher Hof mit einer halben Stelle, denn mehr kann eine promovierte Romanistin und Privatdozentin kaum ausfüllen. Bei diesem Bewerbungsverfahren – vermutlich im Finanzressort – hätte man gern Mäuschen gespielt. Und schon wird Entrüstung laut, als habe man das theologische Erbgut des Mainzer Bischofs Karl Lehmann verzockt.

Es wird auch der Eindruck vermittelt, als werde ein ‚Hotspot' theologisch-philosophischer Diskussion und Besinnung demnächst zu Grabe getragen. Das geringe Echo der dort geleisteten Arbeit in dieser Zeitung scheint dem zu widersprechen. Auch die Besucherfrequenz wäre einmal offenzulegen, bevor man alles besser weiß.

Natürlich verwundert es, dass man keinen qualifizierten Theologen beziehungsweise keine Theologin hat finden können, welche etwa in den synodalen Prozess involviert gewesen wäre. In diesen Zeiten kein Ruhmesblatt! Vielleicht sitzen ja ein paar Professoren von der katholisch-theologischen Fakultät auf der Reservebank, die sich gern als Fachberater im Programmausschuss nützlich machen würden. So etwas heißt heute Ressourcenbündelung.

Vermutlich werden viele Mainzer Katholiken, deren Gemeinden sich in pastoralen Großräumen verflüssigt haben, die ganze Aufregung kaum nachvollziehen können. Die Mainzer Pfarrer haben wenigstens eine Viertelstelle für ihre disparaten Gemeinden bekommen und eine übervolle Stelle für ihr Management.

Dr. Wolfgang Tinnefeldt
Mainz

– Anzeige –

„Aus voller Überzeugung unterstützen wir Manuela Matz, denn mit ihr kommt endlich der politische Wandel, den Mainz so dringend braucht! Sie ist die einzige im Bewerberfeld, die Verwaltungserfahrung als Dezernentin mitbringt. Zudem ist sie erprobt darin, die Ideen der verschiedenen Fraktionen im Stadtrat zusammenzuführen."

Norbert Schüler (Bürgermeister a. D.), Curt Zschernig, Kilian Bauer, Karin Trautwein, Heribert Herrgen, Thomas Gerster (Kreisvorsitzender der CDU Mainz), Ulrike Gerster (Betriebsrätin), Prof. Dr. Philipp Drees, Andreas Horn (Architekt), Rainer Schäfer, Dr. Gisela Schreiner, Dr. Klaus Kremper (Unternehmer), Hanne Haas, Dr. Dorothee Schliephake, Karsten Lange (Dipl. Volkswirt), Norbert Riffel (Landwirtschaftsmeister), Gerd Schreiner (Landtagsabgeordneter), Thomas Neger (Unternehmer), Renate Maria Scheppler (Hebamme), Marianne Herr (Rentnerin), Peter Lonnes, Dr. Klaus Lenhard, Dr. Caroline Holle-Weber, Ludwig Holle (Fraktionsvorsitzender), Heinz Füll (Rentner), Herbert Heidel, Dr. Gottfried Schmitz, Hildegard Schmitz, Günther Ganz, Prof. Dr. Christph Dolzanski (Studiendirektor), Torsten Rohe (Stadtrat), Dipl. Ing. Thomas Grebner, Nikolaus Poppitz (Kreisvorsitzender CDU – Sozialausschüsse), Gabriele Müller (CDA Bundesvorstand), Axel Döhr (Rechtsanwalt), Rudolf Bödige (Unternehmer i.R.), Monika und Herbert Neuß, Prof. Fritz Moll, Ursula Groden-Kranich, Lothar Both (Kassenverwalter), Claudia Siebner (Angestellte), Rosemarie und Werner Busch, Dr. Andrea Litzenburger, Michael Nicolaisen (Flugkapitän i. R.), Eberhard Grünert, Gertrud Wolf, Marc Philipp und Walter Janson, Dr. Volker Bechthold, Walter Smets, Bernd Noll (Rentner), Torsten Schwarzer (Politikwissenschaftler), Marika Abada (FU-Vorsitzende), Alois Klein (Rentner), Younus Ali Khan (Angestellter), Dr. Peter Tress (Rechtsanwalt), Hans Rudolf Stammer, Peter und Jutta Lukas, Dr. Gerd Eckhardt (Vorsitzender Senioren Union), Karlheinz Wollschied, Sabine Flegel (Ortsvorsteherin), Hans Rudolf Stammer, Walter Janson (Journalist), Prof. Dr. Dirk Loomans, Steven Wiegel, David Gundlach (Stevens Dach), Norbert Solbach

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

KOMMENTAR

Revolutionär?

Anna Merkelbach
zum 49-Euro-Ticket

anna.merkelbach@vrm.de

Eine „Revolution" nennt der Chef der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) das 49-Euro-Ticket für den ÖPNV. Doch wird es wirklich die gewünschte Verkehrswende bringen? Die MVG rechnet zumindest nicht mit einem plötzlichen Ansturm auf städtische Busse und Straßenbahnen. Deren zuletzt reduziertes Angebot wird also vorerst nicht wieder erweitert. Das Hindernis: Fahrermangel und finanzielle Engpässe. Ein Dilemma, ist es doch unter anderem das aktuelle Angebot, das den ÖPNV vielerorts so unattraktiv macht. Wenige Fahrten bedeuten: wenig Flexibilität. Ein Grund für Auto-Pendler, nicht auf den Bus umzusteigen. Auch Menschen von außerhalb, die mit dem Auto in die Stadt pendeln, wird der Wechsel auf den Zug nicht leicht gemacht. Das Schienensystem im Rhein-Main-Gebiet ist bereits komplett überfordert, was sich durch kommende Gleisarbeiten noch verschlimmern wird. Jetzt schon häufige Zugverspätungen und -ausfälle haben das Vertrauen vieler Fahrgäste in den ÖPNV stark beschädigt. Das 49-Euro-Ticket wird eine Entlastung für diejenigen sein, die sowieso regelmäßig Bus und Bahn fahren und eventuell gar kein Auto besitzen. Für viele andere bleibt der ÖPNV erst einmal eine schlechte Alternative zum Auto und das Ticket wird ohne weitere Zuschüsse für die Verkehrsgesellschaften keine „Revolution" herbeiführen.

AUF EINEN BLICK

Kinderfastnacht im Frankfurter Hof

MAINZ (chel). Die Mainzer Kleppergarde und das Amt für Jugend und Familie laden für Mittwoch, 15. Februar, 15.11 Uhr, zur Kinderfastnachtsveranstaltung „Kinderfastnacht der Mainzer Kleppergarde – Klepperwettbewerb & Maskenball" im Frankfurter Hof ein (Infos zum Wettbewerb online unter www.klepperwettbewerb.de). Für die Teilnahme an der Kinderfastnacht ist keine Anmeldung nötig, wie die Stadt mitteilt. Der Eintritt ist frei.

Verwaltungen und Ämter zu

MAINZ (red). An Altweiber-Donnerstag, 16. Februar, sind Ortsverwaltungen, Bürgerservice sowie das Hauptamt aufgrund interner Veranstaltungen ab 11 Uhr geschlossen. Die städtischen Ämter und Betriebe der Stadt Mainz bleiben an Rosenmontag, 20. Februar, und an Fastnachtdienstag, 21. Februar, für den Publikumsverkehr geschlossen.

MOGUNTINUS

Zur Wahl

Die OB-Wahl findet an einem denkwürdigen Datum statt: An einem 12. Februar wurde nicht nur Abraham Lincoln, sondern auch Charles Darwin geboren. Zwei bedeutende Figuren der Weltgeschichte, denen man auch in Mainz nachfeiern sollte. Lincoln hat die Sklaverei in den USA abgeschafft. Darwin belegte, dass der Mensch nicht von Gott aus Lehm geknetet wurde, sondern vom Affen abstammt. Dagegen wirken Themen wie Tempo 30, Parkplätze oder Rheinhessenstraße etwas blass, sind aber wichtig fürs Wohl der Stadt. Schadet aber auch nichts, wenn man sein Kreuzchen im Geiste Lincolns oder Darwins macht.

MVG: Busse werden nicht zu voll

Mainzer Mobilität bereitet sich auf Einführung des Deutschlandtickets für 49 Euro vor

Von Michael Erfurth

Ab Mai kostet die Monatskarte für Bus und Straßenbahn nur noch 49 Euro. Foto: Lukas Görlach

MAINZ. Die Vorbereitungen für die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai laufen bei der Mainzer Mobilität (MM) auf Hochtouren. Schließlich soll das Ticket zum Preis von 49 Euro im Monat ab 3. April erhältlich sein. Mit überfüllten Bussen und Straßenbahnen in der Landeshauptstadt aufgrund dieser preisgünstigen Fahrkarte indes rechnet Jochen Erlhof, Geschäftsführer der MM-Mutter Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG), nicht. Diese Gefahr sieht er eher bei den Bahnfahrten in der Region.

Den Rekordwert von 56,9 Millionen Fahrgästen registrierte die MVG im Jahr 2019. Dann kam Corona – und mit der Pandemie ging es rapide bergab mit den Fahrgastzahlen. Das hat sich zwischenzeitlich zwar wieder geändert. Dennoch: „Wir liegen aktuell immer noch fünf bis zehn Prozent unter den Zahlen von 2019", sagt Erlhof. Außerdem habe die MM mit der Umsetzung des neuen Nahverkehrsplan ab 1. Januar 2020 ihr Angebot im Busverkehr um fünf Prozent erhöht, wenngleich der Fahrplan aufgrund des Fahrermangels zuletzt wieder um zwei bis drei Prozent reduziert wurde. Erlhof geht daher davon aus, dass das Bus- und Straßenbahnangebot mit der Einführung des 49-Euro-Tickets erst einmal ausreicht. „Viele, die mit dem Auto in Mainz unterwegs sind, werden nicht sofort auf Bahn und Bus umsteigen", sagt der MVG-Chef. Vermutlich werde es einige Monate dauern, „bis die Leute das neue Angebot stärker wahrnehmen".

Die MVG werde die Situation in ihren Fahrzeugen beobachten, die Fahrgastzahlen analysieren und gegebenenfalls mit einer Verstärkung des Angebotes reagieren. Das aber sei nicht einfach. Zum einen sei es schwierig, derzeit zusätzliches Fahrpersonal zu gewinnen. Zum anderen sei eine Ausweitung des Angebotes auch eine finanzielle Frage. Bund und Land kompensieren zwar die Einnahmeausfälle, die der MM durch die für den Fahrgast stark vergünstigte Monatskarte entstehen. Ein engerer Takt indes sei verbunden mit der Anschaffung von neuen Fahrzeugen und mehr Personal, für die weitere Zuschüsse der öffentlichen Hand nötig seien. Zumal mit jedem zusätzlichen Fahrgast das Defizit der MVG steige. „Jede Kapazitätserweiterung geht finanziell komplett mit uns nach Hause." Erlhof verweist auf die hohen Energiepreise, dem Wunsch nach Bussen mit teuren, umweltfreundlichen Antrieben sowie die steigenden Personalkosten, die aufgrund der absehbaren Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst auf die MVG zukommen. Der MVG-Geschäftsführer will nicht missverstanden werden, er lobt das Deutschland-Ticket ausdrücklich. „Das ist eine Revolution für den Öffentlichen Personennahverkehr." Das betreffe nicht nur den günstigen Preis – derzeit kostet eine Monatskarte in der RMV-Preisstufe 13 für Mainz und Wiesbaden 90,40 Euro. Auch die bundesweite Gültigkeit des Tickets im ÖPNV sowie die einheitlichen Bedingungen für den Fahrgast in ganz Deutschland seien ein großer Vorteil.

> *Das ist eine Revolution für den Öffentlichen Personennahverkehr.*
>
> Jochen Erlhof, MVG-Geschäftsführer

Während Erlhof für die MM nicht mit überfüllten Bussen und Straßenbahnen rechnet, blickt er skeptisch auf die Situation beim Bahnverkehr in der Region. Denn gerade für Berufspendler, die aus dem Umland nach Mainz fahren oder von hier aus zum Beispiel nach Frankfurt wollen, ist das preisgünstige Deutschlandticket hochattraktiv. Allerdings sind jetzt schon die Bahnen oft sehr voll. Und das Schienensystem im Rhein-Main-Gebiet stößt mit seinen Kapazitäten an seine Grenzen. Erlhof verweist auf die bevorstehenden Sanierungen der Gleise für den Fernverkehr in Rhein-Main durch die Deutsche Bahn, die zu Einschränkungen für den Nahverkehr auf der Schiene führen werden. Die MM will das Deutschlandticket ab Montag, 3. April über die Mainzer Mobilitäts-App oder als e-Ticket in Form einer Chipkarte anbieten. „Die Chipkarten versenden wir, wie bisher auch, an unsere Abonnenten mit der Post", berichtet MVG-Pressesprecher Michael Theurer. Dazu müsse der Kunde einen Abo-Antrag im Verkehrscenter am Bahnhofplatz oder online bis zum 10. eines Monats ausfüllen. In der App sei ein Abo-Abschluss im Gegensatz dazu jederzeit möglich. Das Deutschlandticket ist immer einen Monat gültig und verlängert sich dann automatisch um einen weiteren Monat. Wer das Ticket nur für einen Monat benötigt, kann es direkt beim Kauf wieder kündigen, so Theurer. Wichtig sei auch hier die Frist bis zum 10. des Monats. „Diese Zeit brauchen wir, um die Kündigungen zu verarbeiten, das gilt für App und Chipkarte." Wer die Monatskarte zum Beispiel in der Ferienzeit nicht benötigt, muss sie hierfür kündigen und anschließend wieder ein Abo abschließen. Das Ticket ist nicht übertragbar. ▶ KOMMENTAR

Rheinfrühling findet im Sommer statt

Wegen Bauarbeiten am Rheinufer fürchteten Schausteller ums Volksfest – nun ist eine Lösung gefunden

Von Julia Sloboda

MAINZ. Der Mainzer Rheinfrühling kann stattfinden. Nachdem die Schausteller aufgrund der Bauarbeiten am Rheinufer schon befürchtet hatten, dass das Volksfest ausfallen müsse, gibt die Stadtverwaltung nun Entwarnung. Die Bauarbeiten zur Rheinufersanierung im ersten Bauabschnitt zwischen der Theodor-Heuss-Brücke und der Rheinufer-Tiefgarage seien in vollem Gange, würden sich aufgrund verschiedener Faktoren jedoch verzögern – heißt es von der Stadtverwaltung in einer Pressemitteilung. „Die Folge: Das ursprünglich vom 1. bis zum 16. April dort geplante beliebte Volksfest Mainzer Rheinfrühling kann zu dem Zeitpunkt leider nicht stattfinden."

Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU) erklärte dazu allerdings: „Ich habe jedoch eine gute Nachricht: Der Mainzer Rheinfrühling fällt 2023 nicht aus. Wir haben uns in den letzten Tagen mit den Schaustellern zusammengesetzt und in sehr konstruktiven, vertrauensvollen Gesprächen gemeinsam einen Ausweichtermin gefunden. Der Mainzer Rheinfrühling wird in diesem Jahr zum Sommervolksfest und findet vom 21. bis 30. Juli am Rheinufer statt."

Die Situation sei nicht einfach gewesen, so Matz. Eine komplette Absage des beliebten Festes habe aber nie ernsthaft zur Debatte gestanden: „Gerade die Schausteller haben während der Pandemie besonders gelitten. Es war mir deshalb persönlich sehr wichtig, in dieser Frage zügig eine Lösung zu finden, mit der alle Beteiligten gut leben können. Ich bin glücklich, dass uns dies gelungen ist und danke den Schaustellern sowie Petra Henkel und Katja Braun vom zuständigen Amt für Wirtschaft und Liegenschaften für die tolle Zusammenarbeit und das Engagement", so Matz.

Auch Marco Sottile, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Mainzer Schausteller und Marktbeschicker, ist froh, schnell eine gute Lösung gefunden zu haben. „Wir sind glücklich, dass der Rheinfrühling auch in diesem Jahr stattfinden kann. Dann eben ausnahmsweise im Sommer", so Sottile. Man sei überzeugt, dass der Ausweichtermin aufgrund der zu erwartenden warmen Temperaturen und des Sommerflairs attraktiv sei und dann viele Menschen ans Rheinufer kommen, um die vielfältigen Attraktionen und Angebote zu genießen. „Als Schausteller freuen wir uns schon jetzt auf den Mainzer Rheinfrühling im Sommer und danken Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz sowie dem Amt 80 für die vertrauensvollen, konstruktiven Gespräche und die hervorragende Zusammenarbeit", sagt Marco Sottile.

– Anzeige –

Wir für Mareike von Jungenfeld!

Gerhard **ADAM**, Doris **AHNEN,** Hassina **ALKOZEI,** Jonathan **ARMAS,** Kersten **AUTZE-GUTTE,** Daniel **BALDY,** Marion **BASTEN-FLACH,** Andrea **BÄHNER,** Gerd **BENNEMANN,** Ursular **BEYER,** Heiko **BLANKENBERGER,** Simone **BLUDAU,** Gabriele **BORNMANN,** Horst **BÖCHER,** Niko **BRAUER,** Sonja **BRÄUER,** Bernhard **BREIT,** Elfriede **BREIT,** Stephan **BREMANN,** Anne-Lene **BROMBACH,** Lennart **BRUMBY,** Klaus **BUSSE,** Rainer **CHRIST,** Rolf **DAHLHEIMER,** Gerlinde **DAHM,** Klaus **DELORME,** Matthias **DIETZ-LENSSEN,** Kristina **DILLER,** Gerhard **DOMSCHKY,** Erik **DONNER,** Michael **EBLING,** Nora **EGLER,** Thomas **EIBACH,** Theo **ENGELHARDT,** Waltraud **ENGELHARDT,** Brigitte **ERZGRÄBER,** Klaus **EUTENEUER,** Mechthild **EUTENEUER,** Eleonore **FAHRBACH,** Vanessa **FISCHER,** Sascha **FRICKE,** Bernhard **FURTMAIER,** Ralf **GEISSNER,** Uta **GENTH,** Dana **GERACI,** Marco **GERACI,** Marianne **GROSSE,** Eberhard **GÜTH,** Astrid **HÄFNER,** Jürgen **HÄFNER,** Klaus **HAMMER,** Marliese **HAMMER,** Raymund **HAUG,** Ralph **HEINRICHS,** Bahman **HEKMATI,** Karl-Heinz **HELD,** Corinne **HERBST,** Eva **HERBST,** Kathleen **HERR,** Robert **HERR,** Jürgen **HINKEL,** Jörg **HOFFMANN,** Kai **HOFMANN,** Detlef **HÖHNE,** Stefanie **HUBIG,** Irene **HUNZ,** Horst **JOOSS,** Margret **JUNG,** Wilfried **JUNG,** Reinhard **KALTENBACH,** Christian **KANKA,** Kabeya **KASONGO,** Ralf **KEHREIN,** Martin **KINZELBACH**, Tatjana **KINZELBACH**, Horst **KLAGGE**, Alexander **KLEIN**, Diether **KLEINMANN,** Regina **KLEINMANN**, Uwe **KLEMENS**, Birgit **KLEY**, Johannes **KLOMANN**, Lieselotte **KLUG**, Hannah **KLUSMANN**, Renate **KNIGGE-TESCHE**, Yasmine **KOCH**, Heide **KOHLER**, Hermann **KOHLER**, Timo **KONRAD**, Dieter **KRETSCHMER**, Marianne **KRON**, Mie **KUHN**, Kathrin **KÜNSTLER**, Carsten **KÜHL**, Horst **LAMBY**, Myriam **LAUZI**, Noah **LE**, Eckart **LENSCH**, Thomas **LIND**, Christian **LIPS**, Eleonore **LOSSEN-GEISSLER**, Manfred **MAHLE**, Dieter **MAILLET**, Roswitha **MAILLET**, Matthias **MAYER**, Helga **MOSLER**, Nawal **MUSSA**, Patric **MÜLLER**, Siegfried **MÜLLER**, Thomas **NONNENMACHER**, Alessandro **NOVELLINO**, Eckhart **PICK**, Alexander **QUIS**, Rosemarie **RAAB**, Barbara **REINERT-BENEDYCZUK,** Dieter **RENNER**, Brigitte **REETZ,** Wolfgang **RIEGER**, Eva **RIEMPP**, Walter **RITTER**, Claus **SCHARF**, Jochen **SCHELENZ**, Marliese **SCHELENZ**, Florian **SCHILLING**, Alexander **SCHLEICHERT**, Otmar **SCHLEMMER,** Wilma **SCHLEMMER**, Klaus **SCHLICHTING**, Jana **SCHMÖLLER**, Gabriele **SCHNEIDER**, Gerhard **SCHNEIDER**, Oliver **SCHOPP-STEINBORN**, Tom **SCHROEDER**, Marlene **SEMPER**, Wolfgang **SIEBNER**, Lothar **STEINBORN-REETZ**, Paul **STENNER**, Markus **STOLZ**, Gert **STROTKÖTTER,** Andrea **SUCHER**, Oliver **SUCHER**, Reinhard **TOOBE**, Klaus **TRAUTMANN**, Rolf **VAN LESSEN**, Miguel **VICENTE**, Frank **VIERHELLER**, Michael **VOGT**, Gitta **WEBER**, Stefanie **WEGNER**, Ingrid **WEIDHAAS**, Ingo **WEIHE**, Stephan **WEINBERG**, Jupp **WEISMÜLLER**, Horst **WENNER**, Jürgen **WERNER**, Sissi **WESTRICH**, Michael **WIEGERT**, Winfried **WIESE**, Thomas **WILL**, Jürgen **WIRBELAUER**, Bjoern **WITCZAK**, Sylvia **WITTMANN**, Rainer **ZEIMENTZ**, Gregor **ZIMMERMANN**, Hans-Wilfried **ZINDORF**, Horst **ZORN**

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

KOMMENTAR

Mehr Kontrolle

Karl Schlieker
zu Stromnetzen

karl.schlieker@vrm.de

Die Stromnetze sind die Nervenstränge der Energiewende. Die Nord-Süd-Trasse „Suedlink" soll beispielsweise den mit Windkraft produzierten Strom aus dem Norden in den Süden bringen, wo die großen industriellen Verbraucher sitzen. Die Kapazität der Leitung soll in etwa der Leistung von vier Atomkraftwerken entsprechen und rechnerisch zur Versorgung von zehn Millionen Haushalten reichen. Diese 700 Kilometer lange Netzverbindung ist mit Investitionskosten von einigen Milliarden Euro bundesweit das größte Infrastrukturprojekt der Energiewende. Das macht deutlich, welche Summen bewegt werden müssen. Der niederländische Betreiber Tennet, dem die Stromübertragungsnetze von der Nordsee bis zur österreichischen Grenze gehören, müsste allein in Deutschland Investitionen von rund 15 Milliarden Euro für den Netzausbau stemmen. Das übersteigt allerdings die Leistungsfähigkeit des Konzerns. Der niederländische Staat zieht es als Eigentümer verständlicherweise vor, dass Tennet zuerst in der Heimat den Netzausbau finanziert. Der geplante Verkauf der Netze an den Bund zeigt, mit welchen Risiken die Privatisierung von Infrastruktur verbunden ist. Tennet ist kein Einzelfall. Am Netzbetreiber 50Hertz ist die staatliche KfW-Bank bereits beteiligt. Damit wird die Privatisierung der Energieversorgung zumindest vorübergehend teilweise zurückgedreht. Die Übernahme der Stromnetze hat für die Bundesregierung aber den Vorteil, dass der dringend notwendige Ausbau direkt gesteuert und kontrolliert werden kann.

GRAFIK DES TAGES

WANDEL DER ARBEITSWELT

Quelle: Statistisches Bundesamt — Bearbeitung: vrm/jp

PRIVATE RENTENVERSICHERUNGEN

RENTENVERSICHERUNG MIT FONDS

Versicherer	Tarif	Mögliche Monatsrente im 1. Jahr in Euro	Kontakt
Canada Life	Generation private plus	530,00	06102/3 06 18 00
Allianz	InvestFlex RF1GD	369,00	0800/4 10 01 04
Alte Leipziger	Alfonds FR15	367,00	06171/66 00
Württembergische	Genius ProZukunft	364,00	0711/66 20
Baloise	Invest Garant (FRG)	360,00	baloise.de
Continentale	Invest Garant (RIG)	353,00	089/5 15 30
Ergo Vorsorge	Ergo Rente Balance	349,00	0800/3 74 60 00

Berechnungsgrundlage/Modellfall: Angebote mit mindestens 80% Beitragsgarantie.
Mann / Frau, 30 Jahre alt bei Versicherungsbeginn 01.03.2023, monatlicher Beitrag 150 Euro, dynamischer Rentenbezug, Vertragslaufzeit 37 Jahre bis 67;
Todesfallschutz: Guthaben in der Ansparzeit / Rentengarantiezeit 10 Jahre im Rentenbezug.
Wertentwicklung nach Abzug der Fondskosten.

KLASSISCHE PRIVATE RENTENVERSICHERUNG

Versicherer	Tarif	Garantierte Monatsrente in Euro	Kontakt
Württembergische	KlassikClever ARC	164,00	0711/66 20
Debeka	CA6I / 100% Garantie	161,00	0261/4 98 46 64
Allianz	Klassik RSKU1U	160,00	0800/4 10 01 04
Alte Leipziger	AR10	158,00	06171/66 00
Continentale	RCP	156,00	089/5 15 30
Inter	Mein Leben	148,00	0621/42 74 27
Volkswohl Bund	IR Next mit KlassikZins	145,00	0231/5 43 31 20

Berechnungsgrundlage/Modellfall:
Mann / Frau, 30 Jahre alt, bei Versicherungsbeginn 01.03.2023. Monatlicher Beitrag 150 Euro.
Vertragslaufzeit 37 Jahre bis 67; garantierte Monatsrente (hinzu kommen noch Überschüssse);
Todesfallschutz mit Beitragsrückgewähr / Guthaben in der Ansparzeit, Rentengarantiezeit 10 Jahre.

Stand: 10.02.2023
Quelle: bifallo.de / Anbieterrecherche
Angaben ohne Gewähr

Das Risiko der Gesundheitsfragen:

Postbank-Kunden sind sauer

Millionen Konten werden auf Plattform der Konzernmutter Deutsche Bank verlagert / Viele technische Probleme

Von Karl Schlieker

Die Informationstechnik der Postbank wird in die Internet-Cloud verlagert. Foto: dpa

WIESBADEN. Die Wogen schlagen hoch. Wochenlang keinen Kontostand abfragen, keine digitalen Überweisungen, Daueraufträge werden zeitweise unzuverlässig ausgeführt, Einloggen nicht möglich und der Telefonservice ist nicht erreichbar oder schlicht überfragt? Viele Postbank-Kunden sind stinksauer. Die erste Welle des Umzugs der Konten auf eine gemeinsame Internetplattform mit der Konzernmutter Deutsche Bank erhitzt die Gemüter. Betroffen sind insgesamt 19 Millionen Konten.

Eines der komplexesten Banken-IT-Projekte

„Unity" also „Einheit" hat die Deutsche Bank das Projekt der Postbank-Kontenumstellung getauft. „Es ist eines der aufwändigsten und komplexesten Banken-IT-Projekte überhaupt", berichtete der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christian Sewing, kürzlich auf der Bilanzpressekonferenz in Frankfurt. Das Projekt sei auf der Zielgeraden. Zum Jahreswechsel seien vier Millionen Konten von Privatkunden der Postbank auf Systeme der Deutschen Bank umgezogen. „Ja, es ist nicht alles reibungslos gelaufen und es gibt immer noch einzelne Einschränkungen für Kunden", gab Sewing zu. Aber daran werde gearbeitet. „Und parallel dazu bereitet das Team, das seit Jahren die Umsetzung von Unity vorantreibt, schon die nächste große Kundenmigration vor." Einige Tausend Kundenbeschwerden seien bei Millionen betroffenen Konten vergleichsweise überschaubar. Die Verlagerung der Konten in die Internet-Cloud soll vom Jahr 2025 an jährlich zu Einsparungen von 300 Millionen Euro führen.

Der Umzug der Postbank-Konten ist offenbar für einige Kunden mit Hürden verbunden. In den Internetforen häufen sich negative Erfahrungsberichte: „Überweisungen muss ich postalisch einschicken. Willkommen in der analogen Steinzeit", schreibt beispielsweise „Bachblüte". Und Frank Müller kann nach eigenen Angaben seit zwei Wochen nicht auf sein Konto zugreifen. „Mails und ein Brief vor zwei Wochen versandt, bleiben unbeantwortet." Keinerlei Unterstützung vonseiten der Postbank.

Es ist einfach kein Durchkommen

Leser dieser Zeitung melden sich ebenfalls. „Wir können Sie in absehbarer Zeit nicht bedienen", das ist laut Günter Linke eine Standardansage, die Postbank-Kunden von morgens bis abends zu hören bekommen. „Es ist einfach kein Durchkommen, weil die Umstellung der IT auf die Systeme der Deutschen Bank offenbar krachend gegen die Wand gefahren ist", berichtet der Taunussteiner. Der Mitarbeiter einer Mediaagentur, der eine Generalvollmacht für das Nachlasskonto seiner verstorbenen Mutter hat, kann das Geld nicht an die Erben auszahlen, da die Postbank das Konto blockiert. Bei der Sparda-Bank habe der gleiche Vorgang dagegen zwei Tage in Anspruch genommen. „Da habe ich wohl Pech gehabt, dass ich in die IT-Umstellung der Postbank geraten bin." Inzwischen hat sich Linke an den Ombudsmann für private Banken gewandt.

Beim Umzug der Konten auf die gemeinsame Plattform mit der Deutschen Bank sei es zu kurzzeitigen Einschränkungen von Überweisungen im Online- und Mobile-Banking gekommen, berichtet ein Postbank-Sprecher auf Anfrage. Die Kunden seien mit 3,5 Millionen Briefen frühzeitig informiert worden. Prinzipiell sei die Umstellung technisch sehr gut gelaufen. Nach Anfangsproblemen gebe es jetzt vor allem individuelle Themen. Die Erreichbarkeit habe sich wieder normalisiert. Aber die Tücken im Alltag nach der Kontenumstellung scheinen doch groß zu sein, wie ein Blick in die Kommentarspalten der Internetstörungsmelder zeigt. „Ich habe keinen Zugriff mehr auf meine Postbank-ID, noch am Überweisungsautomaten noch in der Filiale. Mehr falsch machen kann man eigentlich nicht", schreibt dort beispielsweise ein Postbankkunde.

Auch die Neuauflage der Postbank-App erhitzt die Gemüter. Die App wurde „komplett neugestaltet und programmiert", wirbt das Kreditinstitut. Moderne Technologie würde „einfach intuitiv" für ein besonderes Nutzererlebnis sorgen. Aus dem bisherigen Postbank-Finanzassistenten werde die App. Allerdings sind zunächst nicht alle Funktionen verfügbar, sondern sollen erst nach und nach aufgespielt werden. Auf viel Gegenliebe stößt die Einführungsstrategie nicht. Erhält der Finanzassistent bei Apple-Nutzern noch viereinhalb von fünf möglichen Sternen, wird die neue App mit einem Stern abgestraft. „Das alte Haus ist abgerissen, und im neuen Haus fehlen Fenster, Türen, Licht und die Treppe ins erste OG. Dann kommt ein Update: Im Garten wird Rasen gesät ...", schreibt der App-Nutzer Horton im Netz.

POSTBANK

- Mit der **Gründung** von 13 Postscheckämtern und der Einführung des Postüberweisungs- und Scheckverkehrs **durch die Reichspost im Jahr 1909** wurde das Fundament der heutigen Postbank gelegt. Mit der Privatisierung im Jahr 1989 wurde die Bundespost in die drei Unternehmen Post, Telekom und Postbank aufgeteilt.
- Die **Vollbanklizenz** erhielt die Postbank mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahr **1995**. Die **Deutsche Bank stieg** im Jahr **2009** bei der Postbank **ein** und stockte seine Anteile nach und nach auf, bis zum Jahr 2015 das Kreditinstitut komplett zur größten deutschen Bank gehörte.
- Zwischenzeitlich wollte die Deutsche Bank die Postbank wieder abstoßen, verschmolz die Bank im Jahr 2018 dann aber mit dem eigenen Privat- und Firmenkundengeschäft. **Seit dem Jahr 2020** ist die Postbank als **Zweigniederlassung** der Deutschen Bank AG im Handelsregister eingetragen.

Tennet will Stromnetz verkaufen

Muttergesellschaft gehört dem niederländischen Staat / Dem sind die Kosten des Netzausbaus zu hoch

Der Netzbetreiber Tennet geht davon aus, dass für den Ausbau seines Netzes 15 Milliarden Euro benötigt werden. Foto: dpa

BAYREUTH (dpa). Der niederländische Betreiber Tennet will mit der Bundesregierung über den Verkauf seines deutschen Stromnetzes an den Staat verhandeln. Grund ist der hohe Eigenkapitalbedarf für die Energiewende, den Tennet am Freitag allein für den Ausbau seines deutschen Netzes auf 15 Milliarden Euro bezifferte. Die Bundesregierung begrüßt den Vorstoß Tennets, „einen vollständigen Verkauf ausloten zu wollen", wie eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums sagte.

Eigentümer der Tennet-Muttergesellschaft ist der niederländische Staat. In Deutschland ist das Unternehmen einer der vier Übertragungsnetzbetreiber. In beiden Ländern zusammen betreibt Tennet nach Firmenangaben 24.500 Kilometer Hoch- und Höchstspannungsleitungen. Das deutsche Tennet-Gebiet ist das flächenmäßig größte der vier Betreiber und reicht in einem Nord-Süd-Korridor von der Nordsee bis zur österreichischen Grenze. Sitz der deutschen Tochter ist Bayreuth.

Sowohl die niederländische als auch die deutsche Regierung haben umfangreiche und teure Ausbaupläne für die jeweiligen Stromnetze. In Deutschland sei vor allem das Tennet-Netzgebiet von den Ausbauplänen betroffen, sagte die Ministeriumssprecherin. Das würde die Finanzkraft des Unternehmens jedoch übersteigen, wie aus der Tennet-Mitteilung hervorgeht. Bereits 2020 hatte die niederländische Regierung öffentlich gemacht, dass sie zur Deckung des Geldbedarfs eine Beteiligung des Bunds bevorzugen würde. Beide Regierungen sprechen seit Oktober über eine mögliche deutsche Beteiligung an Tennet Deutschland, wie die Ministeriumssprecherin mitteilte. „Die Gespräche sind konstruktiv."

Noch keine Entscheidung in der Regierung

Tennet zufolge hat die niederländische Regierung kein Interesse, die Investitionen in Deutschland mitzufinanzieren. „Der Eigenkapitalbedarf von Tennet für dieses Jahrzehnt steigt", hieß es in der Mitteilung. „Es ist deutlich geworden, dass die niederländische Regierung es präferiert, die niederländischen Aktivitäten von Tennet zu finanzieren, derzeit schätzungsweise zehn Milliarden Euro."

Beschlossen ist ein Verkauf an den Bund dem Unternehmen zufolge nicht: „Tennet ist bewusst, dass sein einziger Anteilseigner, die niederländische Regierung, noch keine endgültige Entscheidung getroffen hat und wird die nächsten Schritte in enger Zusammenarbeit mit der Regierung unternehmen."

Der FDP-Energieexperte Michael Kruse sagte der Deutschen Presse-Agentur, eine mögliche Übernahme der deutschen Tennet-Tochter dürfe nur ein Zwischenschritt sein. „Die Bundesregierung müsste in diesem Fall an einer Vergabe an Private arbeiten. Sollten sich in Deutschland keine privaten Investoren mehr für Energienetze finden, dann wäre das ein Alarmsignal, dass etwas mit der Ausgestaltung der Energiewende schief läuft. Staatsmonopole sind nicht in der Lage, die hier nötigen Innovationen zu erbringen."

Kein Ersatz von der Bafin

FRANKFURT (dpa). Das Oberlandesgericht Frankfurt hat einen Schadenersatzanspruch von früheren Wirecard-Anlegern gegenüber der Finanzaufsicht Bafin auch in zweiter Instanz verneint. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht habe nicht „gegen die ihr obliegenden Amtspflichten bei der Bilanzkontrolle verstoßen", entschied das OLG nach Mitteilung vom Freitag. Der Kläger könne die Bafin somit nicht wegen erlittener Kursverluste in Haftung nehmen. Die OLG-Entscheidung (Az.: 1 U 173/22) ist noch nicht rechtskräftig und würde im Falle einer Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) landen.

Der seinerzeit im Dax gelistete Zahlungsdienstleister Wirecard war im Sommer 2020 zusammengebrochen, nachdem der Vorstand eingeräumt hatte, dass angeblich auf Treuhandkonten verbuchte 1,9 Milliarden Euro nicht auffindbar waren. Die Aktien schmierten ab. Weil die betrügerischen Geschäfte jahrelang unentdeckt geblieben waren, wurde unter anderem die Bafin stark kritisiert.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

KOMMENTAR

Das Duell

Julia Krentosch
zu Haase und den Grünen

julia.krentosch@vrm.de

Die SPD ist abgelöst, der Parteilose durchmarschiert. Und das hat sich abgezeichnet. Ja, Haase polarisiert in seiner Art und in seinen Aussagen. Aber er hat in den vergangenen Monaten auch mit Abstand den besten Wahlkampf geliefert. Haase weiß, wie man kämpft, schließlich zieht er zum zweiten Mal in die Stichwahl ein. Aber weiß er auch, wie man gewinnt? Dass Viering heute nicht mal annähernd an Haases Wahlergebnis kratzt, könnte ein Hinweis auf den Wahlausgang in drei Wochen sein. Aber anders als 2019 tritt Haase bei dieser Wahl mit deutlichem Gegenwind an. Immer lauter werden die Stimmen, die ihm vorwerfen, in den vergangenen drei Jahren kommunalpolitisch abgetaucht gewesen zu sein. Die ihm unterstellen, es gehe ihm nur ums Gewinnen. Bei sieben Kandidaten, die sich in ihren Themen kaum unterschieden haben, sind viele Wähler auch durch ein schlichtes Ausschlussverfahren bei Haase gelandet. Schafft er es, diese Wählerstimmen gegen Viering zu verteidigen? Für die Grünen ist der Chefsessel in der Nähe – aber auch in greifbarer? Damit Viering darauf Platz nehmen kann, muss es für die Grünen jetzt darum gehen, sich die Unterstützung der anderen Parteien zu sichern. Und die muss wirklich groß sein. Andernfalls wird es Viering nicht schaffen, Haases Vorsprung aufzuholen.

KOMMENTAR

Ein Debakel

Dennis Rink
zu SPD und CDU

dennis.rink@vrm.de

Nun hat es die Mainzer SPD schwarz auf weiß: Die Sozialdemokraten haben das Oberbürgermeister-Amt nach mehr als 70 Jahren verloren. Oder besser gesagt: Sie haben es hergeschenkt. Und zwar mit Ansage. Der plötzliche Wechsel von Oberbürgermeister Michael Ebling ins Innenministerium hatte die Partei völlig unvorbereitet getroffen. Erst gab es quälend lange keine Lösung und dann mit Co-Parteichefin Mareike von Jungenfeld eine Kandidatin, die dieser Aufgabe zu keinem Zeitpunkt gewachsen war. Ja, sie war bemüht. Ja, sie hat gekämpft. Aber sie war inhaltlich nie in der Lage, Themen zu setzen und diesem Wahlkampf ihren Stempel aufzudrücken. Das hätten die im Hintergrund immer noch bestimmenden SPD-Größen wie Ebling oder Doris Ahnen aber wissen können und müssen. Deswegen geht dieses Desaster auch mit ihnen nach Hause. Und man muss die Frage stellen: War Eblings Wechsel das wert? Und die CDU? Die Christdemokraten zerfallen von Wahl zu Wahl in Mainz immer mehr. Das starke Ergebnis von Nino Haase kann auch nur bedeuten, dass viele CDU-Wähler sich lieber für den Parteilosen entschieden haben. Eine Klatsche. Natürlich auch für Manuela Matz, die einen engagierten Wahlkampf geführt hat, aber in vielen Themen überhaupt nicht sattelfest wirkte – und offensichtlich nicht einmal ihre eigene Partei überzeugen konnte.

AUF EINEN BLICK

AZ-Forum zur OB-Stichwahl

MAINZ (jul). Die Oberbürgermeister-Wahl geht in eine zweite Runde: Am Sonntag, 5. März, gehen Nino Haase (parteilos) und Christian Viering (Grüne) in die Stichwahl. Dennis Rink, als stellvertretender Chefredakteur verantwortlich für die Allgemeine Zeitung und Wormser Zeitung, und Julia Krentosch, AZ-Lokalchefin in Mainz, laden die beiden Kandidaten vorher noch zum Gespräch ins VRM-Verlagshaus ein: am Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr.

Wer möchte, kann live dabei sein. Der Eintritt zu der AZ-Veranstaltung ist frei. Die Plätze im Verlagshaus sind allerdings begrenzt. Wer ein Ticket für das AZ-Wahlforum haben möchte, sollte sich bis Mittwoch, 22. Januar, per E-Mail an events@vrm.de melden. Bei mehr Anmeldungen als freien Plätzen entscheidet das Los. Gerne können Leser im Vorfeld der Veranstaltung auch ihre Frage an die beiden Kandidaten – oder an einen bestimmten – der Redaktion mitteilen. Einfach eine E-Mail unter dem Betreff „Leserfrage AZ-Wahlforum Mainz“ an az@vrm.de schicken. Oder die Frage zum Forum einfach mitbringen, denn auch das Publikum soll hier Gelegenheit bekommen, die Kandidaten mit Fragen zu löchern.

Wer nicht persönlich anwesend sein kann, hat die Gelegenheit, die Diskussion online zu verfolgen. Die Allgemeine Zeitung überträgt das Wahlforum am Dienstag, 28. Februar, ab 19 Uhr, per Livestream auf allen Kanälen.

OB-Wahl – eine erste Analyse

Durchmarsch für den parteilosen Nino Haase und eine bittere Niederlage für SPD und CDU

Von Julia Krentosch

MAINZ. Die Mainzer SPD ist den Chefsessel los. Nach über 70 Jahren, in denen die Sozialdemokraten den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gestellt haben, hat es die SPD-Kandidatin Mareike von Jungenfeld nicht geschafft, an diese Tradition anzuknüpfen. Während sich Nino Haase (parteilos) und Christian Viering (Grüne) am Sonntag, 5. März, in der Stichwahl wieder treffen, landet Mareike von Jungenfeld mit 13,3 Prozent der Wählerstimmen knapp hinter der CDU-Kandidatin und Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz, die es auf 13,5 Prozent der Wählerstimmen gebracht hat. Und damit rutscht die SPD vom traditionellen Chefsessel auf Platz vier von sieben Kandidaten, ein bitterer Abend für die Mainzer SPD.

Nino Haase (links) und Christian Viering (Grüne) gehen in die Stichwahl. Fotos: Sascha Kopp, Harald Kaster

Haase hat die CDU wertvolle Stimmen gekostet

Und für die CDU. Die Christdemokraten wollten den Vorteil der bekannten Dezernentin nutzen, sind früh mit Matz ins Rennen gestartet, um Einigkeit zu demonstrieren. Um zu zeigen, dass man mit der CDU in Mainz wieder rechnen kann. Dass der parteilose Nino Haase, der 2019 auf dem Ticket der CDU angetreten war, jetzt wieder mitmischte, könnte die Christdemokraten Stimmen gekostet haben.

Ein Durchmarsch dagegen für den parteilosen Nino Haase. Dass er der Sieger dieses ersten Wahlganges ist, daran besteht kein Zweifel. Schon mit Auszählung des ersten Stimmbezirks liegt der Parteilose vorne, setzt sich zunächst weit von den anderen Kandidaten ab, bis sich das Feld schließlich etwas anpasst. Christian Viering zieht zwar mit Haase in die Stichwahl ein, dessen 40,2 Prozent kratzt er aber nicht einmal an. Er landet mit 21,5 Prozent der Wählerstimmen auf Platz zwei.

Auch das Ergebnis von Tabea Rößner, die 2019 für die Grünen in die Oberbürgermeisterwahl gegangen ist, kann Viering nicht knacken – aber er kommt nahe dran. Rößner hatte im ersten Wahlgang damals 22,5 Prozent der Wählerstimmen eingefahren. Haase dagegen toppt sein Ergebnis von 2019 noch. Während er 2019 mit 32,4 Prozent der Wählerstimmen aus dem ersten Wahlgang hervorging, packt er jetzt sogar noch mal drauf. Und das hat sich in den letzten Tagen vor der Wahl auch abgezeichnet. Kein anderer Kandidat hat in den letzten Tagen derart viele Follower auf Facebook und Instagram dazugewonnen, kein anderer hat professioneller Wahlkampf geführt. Ja selbst die Mainzer Schüler von vier weiterführenden Schulen hätten Haase gewählt, wären sie schon alt genug gewesen, um ihr Kreuzchen machen zu können. Aber ist das schon der Wahlsieg? Die Grünen haben den Chefsessel im Stadthaus vor der Nase, so leicht werden sie sich nicht geschlagen geben.

OB-WAHL 2023

Wer kann mehr Unterstützer mobilisieren?

Es wird jetzt darauf ankommen, wer in den kommenden Wochen mehr Wähler und vor allem Unterstützer mobilisieren kann. Dass Nino Haase durchaus bekannte Persönlichkeiten im Rücken hat, hat man in den vergangenen Tagen in zahlreichen Anzeigen gesehen. Aber noch am Wahlabend klang es so, als hätte Viering die Sozialdemokraten im Rücken. Im Gespräch mit dieser Zeitung nämlich spricht sich Ex-Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) für ein Stadtoberhaupt aus, das im Stadtrat auch die Mehrheit habe. Den parteilosen Nino Haase wird er damit sicher nicht gemeint haben.

Und wie hat der Lieblingskandidat vieler OB-Kandidaten Martin Malcherek (Die Linke) abgeschnitten? Schließlich wollten alle Kandidaten nach der Wahl mit ihm ein Bierchen auf den gemeinsamen Wahlkampf trinken, das hatten fast alle beim Wahlforum dieser Zeitung betont. Auch bei den Wählern kam Malcherek gut an, sammelte von Podium zu Podium mehr Sympathien. Seine 7,1 Prozent sind darum auch ein beachtlicher Erfolg. Zumal er im ersten Wahlgang 2019 - auch er tritt zum zweiten Mal an - fast keine Rolle spielte.

▶ KOMMENTAR

„Ein bitteres Ergebnis“

SPD erlebt bei OB-Wahl historische Niederlage / Enttäuschendes Abschneiden soll nun analysiert werden / Erste Signale an Grüne

Von Paul Lassay

MAINZ. Um 18.26 Uhr gibt es auf der SPD-Wahlparty am Sonntagabend im Foyer des Unterhauses einen ganz leisen Jubel. Nach der Auszählung des ersten von 118 Stimmbezirken liegt die OB-Kandidatin Mareike von Jungenfeld mit 23,5 Prozent der Stimmen auf Platz zwei. „Das Ergebnis nehmen wir“, ruft Geschäftsführer Christian Lips. Doch es soll an diesem Abend der letzte Jubel bleiben. Viel öfter wird man das Wort „bitter“ vernehmen, angesichts eines vierten Platzes der eigenen Kandidatin noch hinter CDU-Kandidatin Manuela Matz und fernab der Stichwahl-Regionen mit letztlich nur 13,3 Prozent der Stimmen.

Bereits fünf Minuten nach dem leisen Jubel sind die ersten lauten Seufzer zu hören angesichts der Zahlen, die auf dem großen Bildschirm auftauchen. In der ersten Reihe derjenigen, die die Auszählung in einem großen Halbkreis stehend verfolgen, schütteln Bau- und Kulturdezernentin Marianne Grosse und Stadtratsmitglied Dr. Matthias Dietz-Lenssen immer wieder ungläubig die Köpfe. Schon kurz nach 19 Uhr werden die weiter eintrudelnden Ergebnisse nur noch beiläufig verfolgt, die meisten Sozialdemokraten haben sich abgewendet. Die Frage nach der Hoffnung auf eine Aufholjagd beantwortet der Bundestagsabgeordnete Daniel Baldy nur noch mit einem gequälten Lächeln. Die Kandidatin kommt kurz nach 19 Uhr gemeinsam mit dem Co-Vorsitzenden Christian Kanka und der Vorsitzenden der Stadtratsfraktion Jana Schmöller sowie mit Ex-OB Michael Ebling und Finanzministerin Doris Ahnen ins Unterhaus und wird von langanhaltendem Applaus begrüßt.

Mareike von Jungenfeld (Mitte) landete bei der OB-Wahl nur auf dem vierten Platz. Foto: Lukas Görlach

„Das Ergebnis ist bitter“, sagt Kanka in seiner kurzen Ansprache, während Schmöller betont, dass die SPD weiterhin eine starke Partei sei. Das bittere Ergebnis zeige nicht, wie stark der Wahlkampf gewesen sei. Das betont anschließend auch von Jungenfeld. „Ich bin enttäuscht, dass es heute nicht geklappt hat.“ Doch alle hätten „das Allerbeste gegeben“, seien im Winterwahlkampf von früh bis spät unterwegs gewesen, darauf könne man stolz sein, auch wenn man sich ein anderes Ergebnis gewünscht habe. „Lasst uns heute traurig sein und morgen wieder mutig nach vorne schauen.“ Trotz allem sei die SPD „eine tolle Partei, und mit diesem Gefühl gehen wir in den Abend“.

Im Gespräch mit dieser Zeitung erläutert die Kandidatin später, dass sie angesichts des Ergebnisses „persönlich enttäuscht“ sei. „Wir hatten uns andere Ziele gesteckt.“ Es gebe „sicher vielfältige Gründe“ für das Ergebnis, so von Jungenfeld. „Wir werden uns jetzt Ruhe und Zeit nehmen, um das genau zu analysieren.“ Sie selbst sei noch für rund ein Jahr als Co-Vorsitzende der Mainzer SPD gewählt, erklärt sie auf die Frage, ob sie an der Spitze der SPD bleiben werde. „Mir ist es wichtig, Politik zu gestalten und das wird auch so bleiben.“ Hinsichtlich einer Positionierung für die Stichwahl werde man nun mit den Ampelpartnern sprechen.

Ex-OB Michael Ebling wird im Gespräch mit dieser Zeitung anschließend noch ein bisschen deutlicher. Für eine Stadt wie Mainz sei es wichtig, dass der OB und der Stadtrat eng zusammenarbeiteten. Wenn es dort nun eine Phase der Selbstfindung gebe, werde man „einen Bremsklotz haben“, statt wie in einem Ranking kürzlich festgestellt dynamischste Stadt Deutschlands zu sein.

Das Ergebnis der Wahl sei für die SPD bitter, so Ebling. Von Jungenfeld habe in einem „nicht ganz einfachen Umfeld“ angesichts der kürze der Zeit nach seinem eigenen Weggang einen engagierten Wahlkampf geführt. „Es hat nicht sollen sein. Aber es hat sicher nicht an ihr gelegen, das ist meine persönliche Meinung, denn ich habe sie kämpfen sehen.“ Doch am Ende zähle das Ergebnis, „und das spricht nicht für Mareike von Jungenfeld und die SPD“. Nach der historischen Pleite der SPD, die nach über 70 Jahren die Stadtspitze verliert, werde die nächste historische Figur derjenige sein, der sie für die SPD wieder zurück erobere. Er selbst habe in der Landesregierung eine verantwortungsvolle Position übernommen, so Ebling auf die Frage nach der eigenen Verantwortung für den Verlust der Landeshauptstadt der SPD. Gleichzeitig habe er gesehen, „dass es eine neue, hochtalentierte Generation gibt, die bereit ist, die zukünftige Verantwortung zu tragen. Das sind gute Voraussetzungen, auch wenn es sich jetzt noch nicht ausgezahlt hat.“

Auch die Fraktionsvorsitzende Jana Schmöller erklärt, man habe die Gründe für das Scheitern noch nicht analysieren können. Dies werde in den kommenden Tagen passieren. Man werde sich hinsichtlich der Stichwahl nun mit den Ampel-Partnern zusammensetzen und schauen, „wohin die Reise geht“. Der Grünen-Kandidat Christian Viering sei „inhaltlich kein schlechter Kandidat“.

▶ KOMMENTAR

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Haase spricht von „historischem Ergebnis"

Der parteilose OB-Kandidat holt im ersten Wahlgang 40,2 Prozent und feiert eine ausgelassene Wahlparty

Von Maike Hessedenz

MAINZ. Es ist 18.26 Uhr, die Anhänger von Nino Haase – Menschen aus allen Kreisen der Mainzer Stadtgesellschaft – haben sich im Keller des Eisgrub-Bräus versammelt, um die Ergebnisse zu der OB-Wahl zu verfolgen. Schon nach den ersten zwei der 118 Stimmbezirke brandet Jubel auf. 46,7 Prozent für Nino Haase. Ganz so hoch wird der Wert im Lauf des Abends zwar nicht bleiben – bei 40,2 Prozent bleibt der Wahltacho

> *Das ist für Mainz ein ganz, ganz toller Abend. Wir haben etwas Unglaublichem beigewohnt heute Abend.*
>
> Nino Haase, OB-Kandidat

schließlich stehen. Der parteilose Nino Haase geht gegen Christian Viering (Grüne) in die Stichwahl. Immer wieder schallen bei der Wahlparty, bei der etwa 200 Menschen mitfeiern, „Nino, Nino"-Sprechchöre durch den Gewölbekeller.

Nino Haase trinkt Radler, wirkt entspannt. Zu dieser frühen Uhrzeit will er noch nicht jubeln. Seine Frau Mandy ist nicht in Sicht. „Sie steht im Nebenraum und weiß nicht, ob sie weinen, schreien oder lachen soll", erzählt Nino Haase. Wie Mandy Haase später berichtet, habe sie sich die erste Stunde des Abends in der Toilette verschanzt – zu aufgeregt und emotional sei sie gewesen, um sich die Zahlen von Anfang an mit anzuschauen. Es kristallisiert sich heraus, dass es gegen Christian Viering in die Stichwahl geht.

Der erste Dank von Nino Haase geht an seine Frau Mandy. Foto: Sascha Kopp

An den Wänden stehen Farbspots, die alle paar Sekunden die Farbe wechseln. Gerade schimmert ein leichtes Grün an der Wand entlang. Freie-Wähler-Stadtrat Erwin Stufler, bekennender Nino-Haase-Unterstützer, bittet eine junge Frau, die neben dem Spot sitzt, auf die Lampe zu hauen, damit diese die Farbe wechselt: „Wir wollen das Grün weghaben", meint er erklärend. Etwa 40 Minuten später haben sich die Zahlen verfestigt.

Mandy Haase hat sich inzwischen in den Raum geschlichen, wird von ihrem Mann mit Kuss begrüßt und umarmt. Nach etwa 90 ausgezählten Stimmbezirken greift Nino Haase dann zum Mikrofon. Sofort wird wieder gejubelt. „Das ist ein absoluter Erfolgsabend", meint er in die applaudierende Menge. Die Nino-Sprechchöre reißen nicht ab. „Das ist für Mainz ein ganz, ganz toller Abend. Wir haben etwas Unglaublichem beigewohnt heute Abend", sagt er in die laute Menge hinein. „Ihr macht es meiner Frau nicht leichter, ruhig zu werden", sagt er und bedankt sich als erstes bei seiner wohl größten Stütze und Unterstützerin. Mandy-Sprechchöre branden auf, Mandy Haase wird umringt, umarmt, beglückwünscht.

Nino Haase redet weiter: „Wer Verantwortung übernehmen will, muss Antworten geben. Vielen Dank an alle, die geholfen haben". Dieser 12. Februar sei ein Tag, „der einen euphorisch werden lässt." Er habe richtig und transparent kommuniziert, das habe den Leuten offenbar gefallen. Die 40,2 Prozent seien „ein historisches Ergebnis." Für die nächsten drei Wochen bis zur Stichwahl am 5. März hoffe er weiterhin auf einen „sauberen" Wahlkampf, er wolle weiterhin mit Themen überzeugen. Den Parteien müsse klar werden, dass sie sich nach außen öffnen müssen, eine transparente Kommunikation betreiben. Die Diskussion um das Thema „Demokratie" in Mainz sei entscheidend gewesen, man müssen mit den Menschen und Ortsbeiräten reden, sonst werde die Politik weiter an den Bedürfnissen der Menschen vorbei agieren.

Bei rund 40 Prozent landet er im ersten Wahlgang: „Das ist unfassbar." Noch drei Wochen weiterarbeiten sei nun angesagt: „Wir wollen den ersten parteilosen Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt", heute sei ein Schritt gemacht, der schon vor einigen Jahren mit dem Bürgerentscheid zum Bibelturm begonnen habe. Diesen Schritt wolle man nun vergolden. Zunächst aber gelte für die Wahlparty eines, fordert der 39-jährige Nino Haase von seinen Unterstützern: „Feiert! Feiert! Das haben wir uns so verdient nach den letzten Monaten." Nino Haases ganze Familie ist da: Seine Mutter, sein Vater, Bruder und Schwester mit ihren Partnern, auch sein 15-jähriger Sohn ist gekommen.

Auch seine Unterstützer von der ÖDP feiern mit: Claudius Moseler sieht sich bestätigt. „Ich habe gesagt, dass wir auf Stichwahl setzen." Dass es Viering und Haase sein werden, die nun gegeneinander antreten, habe er vermutet, sagt er. „Es ist ein phänomenaler Sieg im ersten Wahlgang, der zeigt, dass die Mainzer eine überparteiliche Politik wollen. Wir müssen gemeinsam was für die Stadt erreichen."

Nino Haase will sofort wieder in den Wahlkampf einsteigen - auch, wenn die Straßenfastnacht sicher den Wahlkampf überschatten werde, auch das werde eine „interessante Situation". Ab Aschermittwoch stehen schon wieder Podien an, es gehe nonstop weiter, sagt er.

Vierings Kampfansage

Der Grünen-Kandidat zieht als Zweiter in die Stichwahl ein und will nun „um jede einzelne Stimme" kämpfen

Von Julia Sloboda

MAINZ. Um 18.32 Uhr geht das erste Raunen durch die Räume in der Mombacher Straße. Der dritte von 118 Stimmbezirken ist gerade ausgezählt und auf der Leinwand rutscht Christian Viering auf den zweiten Platz vor. Noch ist es ein weiter Weg für den OB-Kandidaten der Grünen, der selbst noch gar nicht auf seiner Wahlparty eingetroffen ist. Doch die Richtung stimmt. Eine halbe Stunde später ist die Hälfte der Stimmbezirke ausgezählt und das Ergebnis verfestigt sich. Da macht es auch nichts aus, dass plötzlich der Bildschirm in einem der beiden von den Grünen angemieteten Räume ausfällt. Die Stimmung wird gelöster. Die Wahlparty der Grünen wirkt wie ein großes Wiedersehen, ein Familienfest – einige haben ihre Kinder mitgebracht, die durch das M1 toben. Bei Brezeln, Apfelkuchen, Fleischwurst und vegane Fleischwurst, bei Bier und Wein warten die Grünen auf ihren Kandidaten.

Viering, der eigentlich erst gegen 19.30 Uhr erscheinen wollte, ist dann doch schon um 19.15 Uhr da. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Catrin Müller betritt er das M1 – der Jubel unter seinen Anhängern ist riesig. Mit 21,5 Prozent der abgegebenen Stimmen zieht der Grünen-Kandidat hinter Nino Haase in die Stichwahl ein. Eigentlich wolle er noch gar nichts sagen, schließlich sei noch nicht alles ausgezählt, sagt Viering. Doch natürlich muss er einiges loswerden. „Wir haben geliefert", sagt der 38-Jährige. Nun komme es eben auf die kommenden drei Wochen an. Bis zur Stichwahl wolle er „um jede Stimme kämpfen", sagt er. „Wir werden an jeder Tür klingeln, wenn es sein muss."

Bei Christian Viering und den Grünen gab es am Sonntagabend Grund zur Freude. Foto: René Vigneron

In den nächsten Wochen komme den Grünen die wichtige Aufgabe zu, darüber zu diskutieren, wie die Stadt geführt werden solle. „Und das geht nur gemeinsam und miteinander. Und nur, wenn man sein Gegenüber respektiert", so Viering. Eine erste Anspielung auf seinen Kontrahenten Nino Haase – bereits beim Wahlforum dieser Zeitung waren Haase und Viering beim Thema Respekt leicht aneinandergeraten. „Es ist wichtig, dass es in einer Demokratie Parteien gibt, die gerade bei Personenwahlen als wichtiges Korrektiv wirken", legt Viering nach. „Vor allem, wenn man sich auf acht Jahre festlegen muss." Nun gehe es darum, dass es den ersten Grünen-Oberbürgermeister in Mainz gebe. Vierings Stimme wird lauter, der Jubel ebenfalls. „Ab Montag heißt es Vollgas Richtung 5. März", sagt der Kandidat noch, bevor er sich Umarmung nach Umarmung abholt. Nun sei erst einmal durchatmen und kurz feiern angesagt. Bei „ein, zwei oder drei Bier", wie Viering ankündigt.

Christin Sauer, die Kreisvorsitzende der Grünen, findet das Ergebnis nicht ganz so überraschend, wie ihr Kandidat. „Das war mein Stichwahl-Tipp, seit ich alle Kandidaten kannte." Es sei vorab klar gewesen, dass der Bekanntheitsgrad von Nino Haase, den er durch die OB-Wahl 2019 habe, relevant sein werde. Tabea Rößner kennt Haase aus dem Wahlkampf vor dreieinhalb Jahren genau, die Bundestagsabgeordnete verpasste damals mit 22,5 Prozent die Stichwahl. „Es wird ein harter Kampf. Der Abstand im ersten Wahlgang war groß", sagt Rößner. Man müsse nun mit den anderen demokratischen Parteien verhandeln und zeigen, was man in Mainz gestalten könne „Das wird eine richtig wichtige Wahl", sagt Rößner. Die Vorzeichen seien komplett anders als noch 2019. „Mainz hat jetzt richtig viel Geld." In Richtung des parteilosen Kontrahenen von Christian Viering sagt sie: „Ich weiß, wie Nino Haase agiert. Es mag schön klingen, dass jemand sich als unabhängig darstellt, aber da besteht die Gefahr, dass das in Beliebigkeit endet."

Ähnlich spricht auch Umweltministerin Katrin Eder über Nino Haase. „Jemand, der in der einen Veranstaltung so zum Thema Klimaschutz spricht und in der nächsten dann wieder so... da weiß man bei den Grünen, was man hat." Das Ergebnis am Wahlabend bewertet Eder als „Riesenerfolg". Schließlich sei es erst das zweite Mal in der Geschichte der Mainzer Grünen, dass der Einzug in die OB-Stichwahl gelinge. Familienministerin Katharina Binz ist beim Wahlergebnis vor allem vom Vorsprung der Grünen auf CDU und SPD überrascht. „Wir haben im Endspurt viele Leute überzeugt. Das stimmt mich positiv." Doch ja, die Stichwahl werde schwierig. „Es geht darum, zu zeigen, was es heißt, politische Verantwortung zu übernehmen – im Alltag, nicht nur im Wahlkampf."

Ab Montag wollen die Grünen dann Gespräche mit den anderen Parteien im Stadtrat führen. „Wir werden zunächst mit den Kollegen der Ampel sprechen", kündigt Fraktionssprecherin Sylvia Köbler-Gross an. Und die Chancen in der Stichwahl? Da sagt Christian Viering : „Das gewinnen wir!"

HILFE & SERVICE

Notfallnummern

Feuerwehr & Notarzt: 112
Polizei: 110
Giftnotrufzentrale: 06131-19240
Ärztliche Bereitschaftspraxis: 116117
Telefonseelsorge: 0800-1110111
Weißer Ring (Hilfe für Kriminalitätsopfer): 116006
Frauennotruf Mainz
Tel. 06131-221213
Zahnärztlicher Notdienst:
Mainz-Innenstadt: 01805-666160, Mainz-Vororte: 01805-666161, Mainz-Land: 01805-666166 (kostenpflichtig)
Corona-Infotelefon
06131-69333-4275 (Gesundheitsamt Mainz-Bingen); E-Mail: corona@ mainz-bingen.de
Tierärztlicher Notdienst:
Kleintierpraxis von Gaertner
Mainz-Drais, Carl-Zuckmayer-Str. 11, Tel. 06131-475780

Apotheken-Notdienst

Notrufnummer: 0800-0022833
Mohren Apotheke
Mainz, Christofstr./Schusterstr. 2, Tel. 06131-232381
Brunnen Apotheke
Mainz-Mombach, Suderstr. 92, Tel. 06131-681665
Zornheimer Apotheke
Zornheim, Nieder-Olmer-Str. 12, Tel. 06136-45998

Redaktionskontakt

E-Mail: az@vrm.de

▶ REDAKTION MAINZ RHEINHESSEN

Kontakt:
Aboservice 06131-48 49 50
Telefon 06131-48 58 55
montags bis freitags von 8 bis 15.30 Uhr
Fax: 06131-48 58 48
E-Mail: az@vrm.de

Redaktionspool:
Katharina Volkmann (Ltg.), Alexandra Eckhardt (stv. Ltg.), Angelika Berg, Isabella Brandau, Mona Koch, Kristina Lamprecht, Sabine Lukitsch, Sigrid Scheel,Claudia Winkler

Redaktion Mainz:
Julia Krentosch (jul/Ltg.), Maike Hessedenz (mhz/stv. Ltg.), Julia Sloboda (slo/stv. Ltg.), Michael Bermeitinger (ber), Michael Erfurth (mer), Michael Jacobs (mij), Petra Jung (per), Paul Christian Lassay (pal), Nicholas Matthias Steinberg (nsg), Carina Schmidt (csc)

Redaktion Rheinhessen:
Anita Pleic (ple/Ltg.), Dennis Buchwald (dbu/stv. Ltg.), Kathrin Damwitz (kss), Mechthild Haag (mhg),
Erich Michael Lang (eml), Julian Peters (jp), Frank Schmidt-Wyk (fsw),
Helena Sender-Petry (sp), Kirsten Strasser (kis), Felix Plum (fep)

Blattmacher:
Anke Mordhorst und Beate Nietzel (verantw.), Nadja Anthes-Ploch, Johannes Bolwin, Torsten Boor, Susanne Einhäuser, Silke Kaul-Fritz, Heide Tittel

Regionaler Verkaufsleiter Anzeigen:
Jörg Meyer 06131-48 47 10

Allgemeine Zeitung

MAINZER ANZEIGER / LANDSKRONE
Redaktion:
Markt 17, 55116 Mainz

Herausgeber:
Joachim Liebler
Verlag: VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz, (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06131) 48 30; Fax (06131) 48 58 68, AG Mainz HRA 9535, phG: VRM Verwaltungs-GmbH.
Geschäftsführung:
Joachim Liebler

Chefredaktion:
Lutz Eberhard (Mitglied der Geschäftsleitung), Dennis Rink (Stv., redaktionell verantwortlich, Mainz), Friedrich Roeingh, Jochen Bohle (Stv.), Tobias Goldbrunner (Stv.), Julia Lumma (Stv.)
Redaktionsleitung Mainz: Julia Krentosch, Maike Hessedenz (Stv.), Julia Sloboda (Stv.)
Redaktionsleitung Rheinhessen Nord: Anita Pleic, Dennis Buchwald (Stv.)
Politik: Christian Matz (Ltg. und Reporterchef)
Wirtschaft: Ralf Heidenreich
Kultur: Johanna Dupré
Sport: Nadine Peter
Nachrichten: Andreas Härtel (Mitglied der Chefredaktion), Michael Klein (Stv.),
Ute Siegfried-Henkel, Klaus Thomas Heck
Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Jan Drebes
Chef vom Dienst: Klaus Kipper
Art Director: Stefan Vieten
Leben/Wissen: Monika Nellessen
Bildredaktion: Sascha Kopp

Geschäftsleitung Markt: Michael Emmerich
Anzeigen: Melanie von Hehl (verantwortlich)
Lesermarkt: Matthias Lindner
Logistik: Oliver-Alexander Wolters

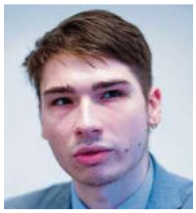
Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.
Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Anzeigenpreise laut Preisliste Nr. 2 Digital, Tageszeitungen & Wochenblätter ab 1. Januar 2023. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 21 vom 1. Januar 2023.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Spaßpolitiker Haker ist „zufrieden“

MAINZ (mer). Lukas Haker von der Satire-Partei „Die Partei” sagt, er sei „außerordentlich zufrieden” mit seinem Ergebnis von nur 0,6 Prozent. „Damit ist sichergestellt, dass ich nicht mehr nach Mainz kommen muss”, sagt der der 23-jährige OB-Kandidat, der in Wiesbaden wohnt.

Haker geht davon aus, dass Nino Haase die Stichwahl gewinnt. Und er fügt mit seinem trockenen Humor hinzu: „Wenn Haase in zwei Jahren keine Lust mehr auf das Oberbürgermeisteramt hat, da er gemerkt hat, dass das schon etwas anderes ist wie in der freien Wirtschaft, dann würde ich mir überlegen, doch nochmal anzutreten.” Bei der OB-Wahl 2019 erzielte Martin Ehrhardt, der damalige Kandidat der Spaßpartei „Die Partei”, 1,4 Prozent der Stimmen.



Lukas Haker von der Satire-Partei „Die Partei“. Foto: Kopp

Schüler hätten Nino Haase gewählt

MAINZ (jul). Vier weiterführende Schulen haben den Ernstfall geprobt: Wahlen. Ausgehend von der Schülervertretung am Otto-Schott-Gymnasium wurde eine Juniorwahl zur Oberbürgermeister-Wahl organisiert. Alle sieben Kandidaten wurden nach einem kurzen Vorstellungsvideo gefragt, das in drei Minuten, inhaltlich und sprachlich auf das Niveau von jüngeren Schülern angepasst, beschreibt, warum sie kandidieren und welche Ziele sie haben. Zusätzlich wurde um einen kleinen Vorstellungstext gebeten. An die Sozialkundelehrer ging die Bitte, im Unterricht darüber zu sprechen.

Am vergangenen Freitag wurde dann am Otto-Schott-Gymnasium, an der IGS Auguste Cornelius, am Schloss-Gymnasium und am Bischöflichen Willigis-Gymnasium gewählt. Teilgenommen haben alle Schüler ab der achten Klasse, an einer Schule erst ab der neunten Klasse. 1126 Stimmen kamen so zusammen, 63,6 Prozent davon für Nino Haase.

Ein Ergebnis, das in seiner Deutlichkeit selbst die Organisatoren überrascht hat, wie Finn Heß, mit Helena Maleiner zusammen Schülersprecher am Otto-Schott-Gymnasium, verrät. „Was deutlich auffällt, ist, dass die Parteien mit einem guten Auftritt im Internet in der Schülerwahl besser abschneiden und das Politiker, die mehr Partizipation der Jugend fordern und viel über Schulpolitik reden, besser abgeschnitten haben”, so Heß weiter.

Man habe mit der Aktion darauf aufmerksam machen wollen, „dass jüngere Menschen sich durchaus für Politik interessieren und mündig sind, eine eigene Wahlentscheidung zu treffen, besonders bei einer Wahl, wie der Oberbürgermeisterwahl”.

Haase gewinnt in fast allen Stadtteilen

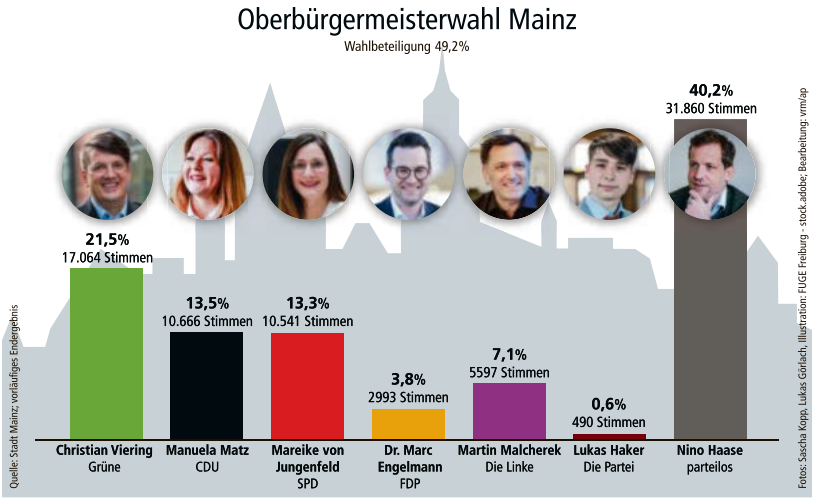
Der parteilose Kandidat muss sich nur in der Neustadt dem Grünen Christian Viering geschlagen geben

Von Michael Erfurth

MAINZ. Wie haben die Oberbürgermeister-Kandidaten in den einzelnen Mainzer Stadtteilen abgeschnitten? Welche Ergebnisse haben sie in den eigentlichen Hochburgen ihrer Partei erzielt? Ein Blick auf das Wahlergebnis vom Sonntagabend.

Der Erfolg für Nino Haase ist überwältigend: Der parteilose OB-Kandidat hat in fast alle Stadtteilen die Mehrheit der Wähler überzeugt. Nur in der Neustadt hat der Grünen-Kandidat Christian Viering knapp die Nase vorne.

Bei der Kommunalwahl 2019 hatten die Grünen in den Innenstadt-Stadtteilen Neustadt, Altstadt, Oberstadt und Hartenberg-Münchfeld besonders gepunktet und dort die vier Ortsvorsteher gestellt. OB-Kandidat Christian Viering, der in der Wallaustraße in der Neustadt wohnt, kann sich zumindest in seinem Heimatstadtteil mit einem Stimmenanteil von 32 Prozent gegen Haase (30,3 Prozent) durchsetzen. Die Altstadt (35,2 Prozent), die Oberstadt (38,5 Prozent) und Hartenberg-Münchfeld (38,1 Prozent) jedoch gehen deutlich an Haase. Viering kommt in der Altstadt auf 27,9 Prozent, in der Oberstadt auf 23,5 Prozent und in Hartenberg-Münchfeld auf 24,8 Prozent.



Traditionell ist die CDU besonders in Gonsenheim und den etwas ländlicher strukturierten Stadtteilen wie Hechtsheim, Drais und Ebersheim bei Wahlen erfolgreich. Doch CDU-Kandidatin Manuela Matz hat überall das Nachsehen. Sogar in ihrem Heimatstadtteil Hechtsheim liegt sie mit 21,1 Prozent nur auf Platz 2 und deutlich hinter Haase, der 42,9 Prozent erzielt. In Gonsenheim belegt sie mit 13,4 Prozent nur den dritten Platz hinter Haase (42,9 Prozent) und Viering (21,3 Prozent). In Drais schafft sie es immerhin mit 19,9 Prozent auf Platz 2, Haase erhält 44,0 Prozent der Stimmen. Ebenso in Ebersheim mit 19,3 Prozent, wo Haase 46,2 Prozent erzielt.

OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN MAINZ

Stadtteil	Wahlber.	Wahlbet.%	Christian Viering (Grüne) %	Manuela Matz (CDU) %	Mareike von Jungenfeld (SPD) %	Dr. Marc Engelmann (FDP) %	Martin Malcherek (Linke) %	Lukas Haker (Die Partei) %	Nino Haase (parteilos) %
Altstadt	14.020	48,2	27,9	10,5	12,9	3,0	9,9	0,7	35,2
Neustadt	21.626	47,1	32,0	6,2	15,0	2,5	13,4	0,6	30,3
Oberstadt	16.149	50,1	23,5	13,3	14,0	3,1	7,1	0,5	38,5
Hartenberg/Münchfeld	13.730	44,1	24,8	10,6	13,8	3,5	8,5	0,8	38,1
Mombach	9444	38,2	17,5	12,4	17,7	4,0	6,7	0,7	41,0
Gonsenheim	18.334	52,0	21,3	13,4	12,3	3,8	5,9	0,5	42,9
Finthen	10.534	52,4	16,7	16,4	11,6	5,0	5,1	0,7	44,5
Bretzenheim	14.902	53,8	22,1	14,1	12,8	3,8	6,6	0,7	39,9
Marienborn	3090	44,6	14,3	15,5	11,6	3,0	4,5	0,5	50,6
Lerchenberg	4427	43,8	15,7	17,4	15,2	3,6	4,6	0,5	42,9
Drais	2508	62,3	15,9	19,9	10,0	5,8	4,0	0,4	44,0
Hechtsheim	11.888	53,6	14,6	21,1	12,4	4,6	3,7	0,6	42,9
Ebersheim	4385	52,0	12,2	19,3	10,9	7,4	3,5	0,4	46,2
Weisenau	9604	46,0	16,7	13,6	14,0	3,8	4,7	0,7	46,4
Laubenheim	7031	54,9	14,1	17,0	12,0	4,1	3,8	0,8	48,2
Gesamt	**161.672**	**49,2**	**21,5**	**13,5**	**13,3**	**3,8**	**7,1**	**0,6**	**40,2**

SPD verliert in ehemaligen Arbeiterstadtteilen

Die früheren Arbeiter-Stadtteile Mombach und Weisenau galten einst als Hochburgen der Mainzer Sozialdemokraten. Hier stellen sie auch regelmäßig die Ortsvorsteher. SPD-Kandidatin Mareike von Jungenfeld, die in der Oberstadt lebt, landet im Mombach mit 17,7 Prozent knapp vor Viering (17,5 Prozent) auf Platz 2, deutlich hinter Haase (41,0 Prozent). In Weisenau indes reicht es nur für Platz 3 (14,0 Prozent) hinter Viering (16,7 Prozent) und Haase (46,4 Prozent). In der Oberstadt kommt sie auf 14,0 Prozent.

Als Parteiloser kann Nino Haase, der in der Uferstraße in der Altstadt wohnt, nicht auf eine Stammwählerschaft setzen. Dennoch startet er überall durch. Am deutlichsten in Marienborn, wo er mit 50,6 Prozent sein bestes Ergebnis erzielt. Das mag wohl auch daran liegen, dass die ÖDP, die in diesem Stadtteil den Ortsvorsteher stellt, Haase unterstützt. In Laubenheim kommt Haase auf 48,2 Prozent, in Finthen auf 44,5 Prozent, auf dem Lerchenberg auf 42,9 Prozent und in Bretzenheim auf 39,9 Prozent.

Der Kandidat der Linken, Martin Malcherek, erzielt in der Neustadt, seinem Heimatstadtteil, mit 13,4 Prozent sein bestes Ergebnis. In der Altstadt kommt er auf 9,9 Prozent.

Marc Engelmann von der FDP erreicht sein bestes Ergebnis mit 7,4 Prozent in Ebersheim. In Finthen, seinem Wohnort, kommt er auf 5,0 Prozent.

Ernüchterung bei der CDU

Manuela Matz holt im ersten Wahlgang nur 13,5 Prozent der Stimmen und ist überzeugt, CDU-Wähler an Haase verloren zu haben

Von Nicholas Matthias Steinberg

MAINZ. Es ist gegen 18 Uhr, als die Protagonistin des Abends bei der Wahlparty der CDU im Karthäuserhof in Hechtsheim eintrifft. Sie sei gespannt, „positiv gespannt”, sagt Manuela Matz. Während sich Parteikollegen und Unterstützter nach und nach im Weingut einfinden. An den Stehtischen vor der großen Leinwand, auf der die aktuellen Auszählungsergebnisse angezeigt werden, füllt es sich. CDU-Kreisvorsitzender Thomas Gerster begrüßt kurz die Gäste, stimmt sie auf den Wahlabend ein. Es gibt Brezeln und Spundekäs, Wein und Traubensaft.

Bei der letzten OB-Wahl hatte der damalige Kandidat Nino Haase, der von der CDU unterstützt wurde, im ersten Wahlgang 32,4 Prozent der Stimmen geholt. Bei der Kommunalwahl 2019 holten die Christdemokraten 23,4 Prozent. Nach dem Wahlkampf habe sie ein gutes Gefühl, sagt Matz, umgeben von Parteikollegen und ihren beiden erwachsenen Kindern umgeben an einem der vorderen Tische stehend. „Wir haben einen sehr guten und unglaublich engagierten Wahlkampf geführt. Wir haben unseren Plan durchgezogen”, so die 58-jährige amtierende Wirtschafts- und Ordnungsdezernentin der Stadt. Die Spannung steigt, der Bereich vor der Leinwand füllt sich. Es wird rege diskutiert. Auch, da Ulrike Cohnen, CDU-Kandidatin bei der parallel laufenden Hechtsheimer Ortsvorsteherwahl, aussichtsreich im Rennen liegt.

Gegen 19.30 Uhr ist etwa die Hälfte der Stimmen ausgezählt. Matz liegt bei etwa 13 Prozent, Platz drei, hinter Haase und Viering, gleichauf mit SPD-Kandidatin von Jungenfeld. Allerdings verfestigen sich die rund 40 Prozent für den parteilosen Haase. Die Mienen werden ernster, auch bei Matz selbst. Sie habe sich mehr erhofft, sagt die Christdemokratin mit Blick auf das vorübergehende Tableau. Sie lächelt, doch es schwingt Enttäuschung mit - und Ernüchterung. „Den Fehler haben wir vor drei Jahren gemacht, nicht in diesem Wahlkampf”, spielt sie auf die CDU-Kandidatur von dem diesmal als Unabhängiger angetretenen Haase bei der letzten OB-Wahl 2019 an.

Die Entscheidung rückt näher. Plötzlich brandet Jubel auf, als die Ergebnisse der Hechtsheimer Ortsvorsteherwahl feststehen. Cohnen hat die meisten Stimmen geholt, steht in der Stichwahl. Matz gratuliert ihr, realisiert gleichzeitig, dass sie hingegen es selbst wohl nicht in die OB-Stichwahl schaffen wird. Sie versucht es, mit Fassung zu tragen. „Wir hätten uns mehr erwartet, aber ich bleibe dabei: Wir haben einen guten Wahlkampf gemacht.“ Man gehe erhobenen Hauptes aus dem Wahlkampf hervor, so die CDU-Frau. „Aber wir haben den Grundstein gelegt für die Kommunalwahl im kommenden Jahr“, so Matz weiter.

Gespannt verfolgen Manuela Matz und ihre CDU-Parteikollegen, darunter der Mainzer Kreisvorsitzende Thomas Gerster (rechts), die Wahlergebnisse. Foto: Harald Kaster

Noch vor Auszählung der letzten Stimmen treten Matz, Gerster und Cohnen gemeinsam nach vorne. Sie wolle sich bei den vielen Unterstützern bedanken, sagt Matz, zunächst auch bei ihrer Familie, die bei allem mitgezogen, alles mitgetragen habe. Ich glaube, wir haben einen ungewöhnlichen Wahlkampf gemacht.” Einen Wahlkampf, „der sichtbar anders war als bei der CDU vorher”, so die Christdemokratin. Dies sei etwas, was man mitnehmen könne für die kommende Kommunalwahl, bekräftigt sie erneut. Doch die Ernüchterung bei den Christdemokraten ist spürbar. Vor allem mit einem so deutlichen Vorsprung von Haase hätten sie nicht gerechnet, sagen viele Anwesende.

Am Ende holt Matz 13,5 Prozent der Stimmen, Platz drei, knapp vor SPD-Kandidatin von Jungenfeld, aber deutlich abgeschlagen hinter Haase und Viering. Woran es genau gelegen habe, lasse sich so kurz nach der Wahl nicht abschließend sagen, sagt Matz. „Aber ich denke halt, dass schon ein gutes Stück der Wählerinnen und Wähler bei Nino Haase gelandet sind, die normalerweise CDU wählen.” Am Montag treffe sich der Kreisvorstand ihrer Partei zur konkreten Wahlanalyse. Dabei soll es auch um die Frage gehen, ob und wen die Christdemokraten mit Blick auf die bevorstehende Stichwahl ihren Wählern empfehle. Sie persönlich widme sich nun wieder ihrem Amt als Dezernentin. Sie hoffe, dass sie in der Zusammenarbeit mit dem künftigen Oberbürgermeister auch entsprechend ihre Ziele, die sie als Wirtschafts- und Ordnungsdezernentin habe, verwirklichen könne, so Matz.

Es sei sicherlich ein bitterer Tag für die CDU, erklärt auch Kreisvorsitzender Gerster. „Aber wir müssen jetzt nach vorne schauen.” Hoffnung mache insofern das Ergebnis bei der Hechtsheimer Ortsvorsteherwahl, so Gerster. „Die Hechtsheimer Einwohner müssen die nächsten Wochen von Ulrike Cohnen träumen.”

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Cohnen und Dayan in Ortsvorsteher-Stichwahl

So hat Hechtsheim im ersten Wahlgang mit sechs Kandidaten gewählt / Am 5. März geht es in die finale Runde

Von Carina Schmidt, Michael Erfurth und Petra Jung

HECHTSHEIM. Hechtsheim wird auch in den nächsten Monaten eine Ortsvorsteherin und keinen Ortsvorsteher haben. Bei der Ortsvorsteher-Wahl in Hechtsheim treffen am Sonntag, 5. März, Ulrike Cohnen (CDU) und Ylva Dayan (SPD) in der Stichwahl aufeinander. Im ersten Wahlgang an diesem Sonntag hatte die CDU-Kandidatin Cohnen mit 37,6 Prozent der Stimmen die Nase vorne, gefolgt von Dayan mit 25,7 Prozent.

Es folgen Heike Leidinger-Stenner (Freie Wähler) mit 13,0 Prozent, Jürgen Linde (Grüne) mit 12,6 Prozent, Jan-Hendrik Driessen (FDP) mit 6,1 Prozent und Kai Schütz (parteilos) mit 5,1 Prozent.

Nach dem Rücktritt von Tatiana Herda Muñoz (SPD), die 2019 überraschend zur Ortsvorsteherin gewählt wurde, mussten nun die Hechtsheimer erneut zur Wahlurne. Die neue Ortschefin ist bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2024 gewählt.

Ulrike Cohnen geht optimistisch in die Stichwahl. Schließlich hat sie einen deutlichen Vorsprung vor der zweitplatzierten Ylva Dayan. „Ich bin ziemlich bekannt in Hechtsheim", nennt sie einen der Gründe für ihren Wahlerfolg. „Außerdem, so hoffe ich, mache ich eine gute Arbeit." Jetzt will sie ihren Wahlkampf vor allem mit Hausbesuchen weiter forcieren. Bei der Wahlparty am Sonntagabend im Karthäuserhof jedenfalls hatte die CDU-Kandidatin allen Grund zu feiern. Ulrike Cohnen ist 50 Jahre alt und Juristin. Sie lebt seit 2005 in Hechtheim; seit 2019 engagiert sich die verheiratete Mutter von zwei Kindern (15 und 18 Jahre) in der CDU. Nach ihren Themenschwerpunkten gefragt, nennt die Christdemokratin als Erstes das Bürgerhaus. Das sollen vor allem die Hechtsheimer Vereine kostengünstiger nutzen können. Auch die alte Ortsverwaltung würde Cohnen gerne für Vereine öffnen. Wie ihre Mitbewerber ist auch der Ortskern ein wichtiges Thema für die 50-Jährige. Hier wünscht sie sich vor allem weitere Maßnahmen, die den Verkehr, aber auch die Wirtschaft vor Ort betreffen.

Ulrike Cohnen von der CDU gewinnt die erste Runde der Ortsvorsteherwahl in Hechtsheim. Foto: Kaster

Ylva Dayan, Ortsvorsteher-Kandidatin der Hechtsheimer SPD, mit Parteichef Christian Kanka. Foto: Lukas Görlach

Ylva Dayan (SPD) ist mit ihrem Ergebnis total zufrieden. Gerade vor dem Hintergrund, dass Hechtsheim tendenziell eher „CDU-lastige" Wählerschaft habe und sie im Vergleich zu CDU-Frau Cohnen das unbekanntere Gesicht im Stadtteil sei. „Ich bin optimistisch, dass ich den Abstand noch aufholen kann, weil ich authentisch bin und mich nicht verstelle", sagt Dayan. In den kommenden drei Wochen wolle sie den Wahlkampf so weiterbetreiben, wie zuvor. Sie sei mit Abstand am meisten unterwegs gewesen, ist die 40-jährige Betriebswirtin überzeugt, die den Wahlabend bei der SPD-OB-Wahlparty im Unterhaus verbringt. Zu ihren Themenschwerpunkten zählen der soziale Zusammenhalt unter den Hechtsheimern, die Stärkung des Einzelhandels und die Familienfreundlichkeit – und zwar für alle Altersklassen vom Kleinkind bis zu den Großeltern. Dayan arbeitet bei Jobimpulse in Hechtsheim. Aufgewachsen ist sie ebenfalls in diesem Stadtteil. Dort lebt sie mit ihrem Mann und den beiden Kindern (3 und 6 Jahre alt). Dayan arbeitet in Teilzeit, sodass sie Kapazität neben Job und Familie für das Amt als Ortsvorsteherin sieht.

Heike Leidinger-Stenner (Freie Wähler), die den Wahlabend bei der Feier von Nino Haase im Eisgrubbräu verbrachte, kommentierte ihr Ergebnis so: „Es ist schade, denn ich wäre gerne Ortsvorsteherin geworden. Aber gut, die Wähler haben entschieden." Aufgeben will sie den Traum vom Ortsvorsteheramt offenbar dennoch nicht. Auf die Frage, ob sie erneut im kommenden Jahr bei der Kommunalwahl antritt, wenn in Hechtsheim wieder ein Ortsvorsteher oder eine Ortsvorsteherin gewählt wird, sagte sie auf Anfrage dieser Zeitung: „Es würde mich schon reizen. Denn das ist eine Aufgabe, die mir sehr am Herzen liegt."

Jürgen Linde von den Grünen ist am Sonntagabend bei der Wahlparty von OB-Kandidat Christian Viering im Coworking-Space M1 in der Mombacher Straße. Dass er nur auf dem vierten Platz gelandet ist, enttäuscht den 61-Jährigen. „Ich habe schon mit dem dritten Platz gerechnet." Das sei wohl darauf zurückzuführen, dass er und seine Partei nur einen zurückhaltenden Wahlkampf gemacht hätten. „Unsere Ortsgruppe ist nicht so stark und wir hatten auch einige Krankheitsfälle. „Wir hätten stärker Haustür-Wahlkampf machen müssen, aber das war personell nicht möglich." Vor allem, weil er hauptberuflich seine Druckerei betreiben musste. Natürlich bleibe er weiter im Ortsbeirat engagiert und auch zur nächsten Ortsvorsteherwahl im kommenden Jahr will Linde wieder antreten, kündigt er an. Ob die Grünen nun Cohnen oder Dayan in der Stichwahl unterstützen, müsse noch besprochen werden.

FDP-Kandidat Jan-Hendrik Driessen ist über sein Ergebnis ebenfalls enttäuscht. 2019 hatte er 7,4 Prozent erreicht, nun nur 6,1. „Ich hatte auf 8 bis 10 Prozent gehofft", sagt er. Bei der Kommunalwahl 2024 werde er nicht mehr antreten. Listenerste der FDP sei Birgit Zehe-Clauß, die aktuell stellvertretende Ortsvorsteherin. Wegen ihres Weingutbetriebes könne sie das Amt aber zeitlich nicht dauerhaft ausfüllen.

ERGEBNIS DER ORTSVORSTEHERWAHL

Wahlbeteiligung: 53,4%

37,6 %
2331 Stimmen
Ulrike Cohnen (CDU)

12,6 %
781 Stimmen
Jürgen Linde (Grüne)

25,7 %
1593 Stimmen
Ylva Dayan (SPD)

6,1 %
377 Stimmen
Jan-Hendrik Driessen (FDP)

13,0 %
807 Stimmen
Heike Leidinger-Stenner (Freie Wähler)

5,1 %
316 Stimmen
Kai Schütz (parteilos)

Quelle: Stadtverwaltung Mainz

Driessen: „Ob wir den Aufwand aber nochmal betreiben, jemand anderes aufzustellen, müssen wir intern besprechen." Der Liberale feierte seine Wahlniederlage zusammen mit seinem Stiefsohn Marc Engelmann, der als OB-Kandidat ebenfalls den Einzug in die Stichwahl verpasst hat.

Auch beim parteilosen Kai Schütz keine Spur von Tristesse: „Ich kann mich nicht beklagen. Ich hatte kein großes Team, habe meinen Wahlkampf allein gestemmt. Ich sehe das ganz pragmatisch. In dem einen Jahr, das jetzt vor der neuen Amtsinhaberin liegt, muss auch geliefert werden." Kai Schütz will auf jeden Fall 2024 erneut antreten: „Und das nächste Mal werde ich noch ein bisschen intensiver aktiv sein."

Malcherek „total froh"

OB-Kandidat der Linken holt 7,1 Prozent und damit deutlich mehr als 2019

Von Petra Jung

MAINZ. „Wunsch-OB Martin", so steht es auf der Torte, die eine dankbare Mandantin am Sonntagabend dem OB-Kandidaten der Linken, Martin Malcherek, der von Berufs wegen Rechtsanwalt ist, zur Wahlparty ins Hafeneck mitgebracht hat. In die Stichwahl hat es Malcherek zwar nicht geschafft. Doch mit 7,1 Prozent hat er sein Ergebnis von 2019 (damals kam er auf 2,8 Prozent) zwar nicht ganz verdreifacht, aber stark verbessert.

> *Ich denke, wir können schon mal die Korken knallen lassen.*
>
> Martin Malcherek, OB-Kandidat der Linken

In einer ersten Stellungnahme gegenüber dieser Zeitung sagt der 50-Jährige gegen 19.30 Uhr denn auch: „Ich bin total froh. Mein Ergebnis zeigt, dass die Talsohle der Linken in Mainz durchschritten ist. Wir haben die richtigen Antworten gehabt und die richtigen Themenfelder bespielt. Wenn wir die finanziellen Mittel hätten, wären wir in Mainz regierungsfähig." Dass der parteilose Nino Haase die meisten Stimmen holte, überrascht Malcherek nicht: „In Mainz herrscht eine große Unzufriedenheit. Die Leute sehen die Ampel als Problem."

Martin Malcherek, OB-Kandidat der Partei „Die Linke", feiert sein Ergebnis mit Freunden und Wahlhelfern im Hafeneck. Foto: Sascha Kopp

Tupac Orellana, Stadtratsfraktionschef der Linken, freut sich unterdessen: „Das ist super. Sein Ergebnis zeigt, dass für die Themen, die wir im Stadtrat bespielen, in Mainz eine große Leidenschaft da ist." Orellana gehört zu den etwa 50 Unterstützern, Wahlhelfern, Freunden und Familienmitgliedern, die ins Hafeneck gekommen sind. Darunter auch die Bretzenheimer Billy Hobe und Henning Harms. Die Beiden bedauern, dass in ihrem Stadtteil so wenig Wahlplakate vom OB-Kandidaten der Linken aufgestellt wurden: „Denn Martin Malcherek, der hat wirklich Potential."

Malcherek, der unter den insgesamt sieben Kandidaten als authentischer Sympathieträger gilt, bleibt am Sonntag trotz der vielen Lobeshymnen gewohnt gelassen. Als gegen 18.30 Uhr die ersten Zahlen auf der großen Leinwand neben der Eingangstür erscheinen, sagt er: „Das heißt zwar alles noch nichts, aber ich denke, wir können schon mal die Korken knallen lassen." Spricht's und greift zur Gitarre, um gemeinsam mit seiner Band „Los Dos Malcherecos Feat. Rabo Calypse" aufzuspielen und zu singen. Und um etwa eine Stunde später, als sein Ergebnis immer besser wird und ein euphorischer Anhänger „Stichwahl" durchs Hafeneck ruft, diesem mit einem Augenzwinkern zu antworten: „Kein Problem. Hab mir die nächste Woche freigehalten."

Engelmann „enttäuscht"

OB-Kandidat der FDP kommt auf 3,8 Prozent – und hat auf mindestens 5 gehofft

Von Carina Schmidt

MAINZ. Als die ersten Wahlbezirke ausgezählt sind und der parteilose Nino Haase deutlich vorne liegt, geht ein leises Raunen durch die Landesgeschäftsstelle der FDP. Für Marc Engelmann, den Kandidaten der Liberalen, ist sein Ergebnis mit 3,8 Prozent der Stimmen „enttäuschend, aber auch kein Weltuntergang". Er habe mit 5 bis 10 Prozent gerechnet. „Meine Vermutung ist, dass viele wegen der Tendenz zur Stichwahl strategisch gewählt haben und deshalb bewusst ihr Kreuz bei einem der vier aussichtsreichen Kandidaten gemacht haben", sagt der 32-Jährige, der in Schlips und Anzug gekommen ist. Ein Outfit, das der Syndikusrechtsanwalt während des Wahlkampfs nach eigenen Angaben vermieden hatte, um nicht „wie der typische Jurist" rüberzukommen.

Landtagsabgeordnete Cornelia Willius-Senzer kommentiert Haases Vorsprung mit einem Satz: „Geld regiert die Welt." Er habe die finanziellen Mittel, um die ganze Stadt mit Plakaten zuzupflastern. In Richtung Engelmann lobt sie: Sein Ergebnis sei ein „Achtungserfolg".

FDP-Fraktionsvorsitzender David Dietz führt Engelmanns Ergebnis auf das breite Kandidatenfeld zurück. „Er hat aber unsere Themen hochgehalten und seine Sache gut gemacht", betont Dietz. Außerdem habe er neue Akzente gesetzt, etwa durch die Themen Digitalisierung und Mobilität. Die FDP-Kreisvorsitzende Susanne Glahn sagt: „Ich hätte mir mehr für Marc gewünscht." Aber auch sie führt das Ergebnis auf die Anzahl der Kandidaten zurück. Im Wahlkampf sei die Resonanz von den Bürgern jedenfalls sehr positiv gewesen. Beim Thema Wahlempfehlung für die Stichwahl bleiben Glahn und Dietz noch zurückhaltend. „Wir werden den Abend ausklingen lassen und uns dann zusammensetzen", kündigt Glahn an. Fest stehe jedenfalls: Mainz habe eine stabile Ampel. Engelmann sagt offen: „Ich habe mich noch nicht entschieden." Menschlich schätze er beide Kandidaten. Als OB hätten indes beide ihren Pferdefuß. „Ein Parteiloser hat es natürlich an der Stadtspitze schwierig", meint er. Und neben dem grünen Bürgermeister Günter Beck als Vize noch ein grüner OB – „ob das der Stadt guttut, mag ich als Liberaler auch bezweifeln."

Bei der FDP-Wahlparty verfolgt OB-Kandidat Marc Engelmann (2.v.li.) die Zwischenstände der Ergebnisse. Foto: Lukas Görlach

ZULETZT 1996

▸ Zuletzt hat die FDP 1996 einen Kandidaten für die OB-Wahl aufgestellt: **Dr. Wolfgang Petereit**. Er kam damals auf **3,3 Prozent** der Stimmen und hatte damit das schlechteste Wahlergebnis von allen sechs Kandidaten.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Wir sind VRM

Baugebiet Hechtsheimer Höhe verzögert sich weiter

950 Menschen sollen irgendwann mal auf der Hechtsheimer Höhe wohnen, zwei Drittel von ihnen in Ein- und Zweifamilien- sowie Reihenhäusern. Doch daraus wird erst einmal nichts.

23. Februar 2023 – 14:27 Uhr

3 min

Julia Sloboda

Mainz. Auf welchen Flächen kann in Mainz noch gebaut werden? Wo entsteht dringend benötigter Wohnraum? Und was ist eigentlich mit dem Häuschen mit Garten? Fragen, die auch im OB-Wahlkampf immer wieder eine Rolle gespielt haben. Eine wichtige Rolle bei der Beantwortung dieser Fragen sollte seit jeher auch das Neubaugebiet „Hechtsheimer Höhe" (Bebauungsplan He 130) spielen. Zur Erinnerung: 420 Wohneinheiten waren dort geplant, davon zwei Drittel als Ein- und Zweifamilien- bzw. Reihenhäuser. Bereits im Sommer 2016 war der städtebauliche Rahmenplan für das Quartier erstmals den Hechtsheimer Bürgern vorgestellt worden. 950 Menschen sollten irgendwann einmal auf der Fläche zwischen dem Wohngebiet Frankenhöhe und

dem Laubenheimer Steinbruch leben. Mittlerweile ist klar: Daraus wird erst einmal für längere Zeit nichts werden.

Schon 2017 wurde der Siegerentwurf für die „Hechtsheimer Höhe“ vorgestellt. Dort sollte eigentlich ein neues Quartier mit 420 Wohneinheiten entstehen. (© Archivfoto: hbz/Stefan Sämmer)

„Wir werden den Bebauungsplan erst einmal nicht fortführen”, hatte Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) im Mai 2022 im Gespräch mit dieser Zeitung gesagt. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass in einem hydrologischen Gutachten Probleme mit der Hangstabilität entdeckt worden waren. Die Stabilität entspreche nicht der europäischen Norm, hieß es damals. Sie halte dieses Baugebiet aber weiter für machbar, sagte Grosse im vergangenen Jahr. Und nun? „Der Entsorgungsbetrieb, der als Grundstückseigentümer für die Hangsicherung verantwortlich ist, hat erforderliche Untersuchungen beauftragt”, heißt es aus dem Baudezernat. Das Bauleitplanverfahren „He 130” ruhe so lange, bis die Ergebnisse der Untersuchung vorliegen. „Die Verwaltung geht nach wie vor davon aus, dass das Bauleitplanverfahren danach bei Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen uneingeschränkt weitergeführt werden kann.”

> **Um den Hang entsprechend bisheriger Erkenntnisse der geologischen Untersuchungen**

> **dauerhaft zu sichern, wird dieser angefüllt. Diese Maßnahme erfordert den qualifizierten, als Keil gegen den Hang eingesetzten Einbau von sehr großen Mengen (ca. 3,3 Mio Tonnen) an unbelasteten, geeigneten Bodenmassen, was einige Jahre in Anspruch nehmen wird.**
>
> BD Baudezernat der Stadt Mainz

Wie „entsprechende Maßnahmen" aussehen können, erklärt das Dezernat auch. Derzeit werde der Hang mit Neigungsmessern und optischen Kontrollverfahren fortlaufend überwacht. „Um den Hang entsprechend bisheriger Erkenntnisse der geologischen Untersuchungen dauerhaft zu sichern, wird dieser angefüllt", heißt es weiter. Rund 3,3 Millionen Tonnen an unbelasteten geeigneten Bodenmassen sollen als Keil dienen, erklärt das Baudezernat. Der Einbau dieses Keils zur Stabilisierung des Hanges werde jedoch einige Jahre in Anspruch nehmen. Erst wenn alle Ergebnisse zur Hangstabilität vorliegen würden, könne man auch einen konkreten Zeitplan erstellen, so das Baudezernat.

Mehr zum Thema

plus Stadt Mainz

Wie entwickeln sich die Immobilienpreise in Mainz?

Stadt Mainz

OB-Wahl: Braucht Mainz einen neuen Stadtteil?

Stadt Mainz

Das sind die Pläne der OB-Kandidaten zur Stadtentwicklung

Das große Interesse, auf das das Baugebiet gestoßen war, hatte man auch bei der städtischen Grundstücksverwaltungsgesellschaft (GVG) registriert, der rund 80 Prozent der Flächen auf der Hechtsheimer Höhe gehören. Wegen der hohen Nachfrage hatte die GVG eine Interessentenliste eingerichtet, die sie seit Mitte 2022 jedoch nicht weitergeführt hatte. Auf ihrer Internetseite schreibt die GVG: „Aufgrund von Verzögerungen beim Bebauungsplanverfahren kann derzeit nicht realistisch kalkuliert

werden, wann die Umsetzung des Baugebietes erfolgen wird. Aus diesem Grund bitten wir, bis auf weiteres von Grundstücksanfragen abzusehen.” Auf Anfrage dieser Zeitung erklärt GVG-Geschäftsführer Franz Ringhoffer, dass die Interessentenliste weiterhin bestehe, jedoch keine neuen Interessierten auf die Liste aufgenommen würden. Alle bisher auf der Liste stehenden Interessenten seien per E-Mail oder Anruf informiert worden. Verträge seien in Bezug auf die Hechtsheimer Höhe noch nicht abgeschlossen worden.

Julia Sloboda